

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 11 vom 15. März 1985

19. Jahrgang

1 DM

Über alle deutschen Sender...

nein, über alle noch nicht, vorerst nur übers ZDF kommt sie: Jeden Abend die Nationalhymne der BRD. Große Freude vor allem bei Springer, der sofort telegraphierte, wie toll patriotisch er das findet. Das ist doch wieder mal ein Stückchen der gerade von den besonders reaktionären Kräften vermißten „moralischen Wende“. Das paßt zu den besonderen Schulbüchern des Herrn Mayer-Vorfelder aus Stuttgart, zu den Vorstößen aus der Union bezüglich Grenzrevindierung und zu Ronald Reagans Schulgebet.

ZDF-Intendant Stolte hat da ganz im Sinne seiner „Stars“ wie Löwenthal und Co gehandelt, der ja auch immer mehr den Anstrich einer regierungsoffiziellen Sendung bekommt. Weniger Staat aber mehr Strammstehen, das ist die Politik dieser Kreise.

Der Hinweis auf andere Staaten, bei denen das auch üblich sei, verfehlt seine Wirkung. Erstens braucht dies kein guter Grund zu sein, dies auch zu machen, zweitens ist es noch einmal ein Unterschied, ob man so etwas neu einführt und dies auch noch im Rahmen einer konservativen Kampagne.

Sozialismus — aber wie?

Unter diesem Titel finden zwei Parteiveranstaltungen der KPD statt, auf denen der KPD-Vorsitzende Horst-Dieter Koch sprechen und sich der Diskussion stellen wird.

In KÖLN
Am Freitag, 22. März um 19.00 Uhr
Severinstorburg (Chlodwigplatz)
In BIELEFELD
Am Freitag, 15. März

Die Wahlen am 10. März

Dämpfer für Kohl

Die Ergebnisse sind unterschiedlich: Hoher Sieg der SPD im Saarland, hohe Niederlage in Westberlin, große Stimmengewinne auch bei den hessischen Kommunalwahlen. Deutliche Unterschiede auch zwischen den Ergebnissen der Alternativen Liste in Westberlin und den Grünen an der Saar, gutes Abschneiden der FDP. Was ist zum festzuhalten?



Bundespolitisch am wichtigsten sicher der SPD-Sieg an der Saar, einfach deshalb, weil mit diesem Regierungswechsel auch die Stimmverhältnisse im Bundesrat verändert werden, wodurch die SPD (aber auch die CSU) in der zweiten Kammer mehr Gewicht bekommen.

Eindeutig auch das Abschneiden der FDP an der Saar und in Westberlin. Natürlich gab es dort viele Stimmen von CDU-Anhängern für die FDP, einfach aus der Überlegung heraus, die vielleicht 3–4 Prozent Stimmen von Stammwählern nicht „unter den Tisch fallen“ zu lassen.

Aber offensichtlich schei-

nen auch solche pro-FDP-Kampagnen wie die in Westberlin (und die ganz ausdrücklich sozusagen eine Kampagne von Reichen für Reiche war) im Sinne von FDP-Gewinnen gewirkt zu haben, allein aus „Leihstimmen“ läßt sich der bedeutende Zuwachs nicht ohne weiteres erklären.

Was Westberlin betrifft, so hat es die CDU offensichtlich verstanden, ihre Losung von der neuen modernen Industriestadt mit neuen Arbeitsplätzen so weit zu vertreten, daß sie ihre Stimmanteile einigermaßen halten konnte — was sie aber nicht geschafft hat, war ihrer Hetzkampagne gegen die Alternative Liste wesentliche

Wirkung zu verschaffen. Deren bedeutender Gewinn an Wählerstimmen ist ohne Zweifel der positivste Aspekt der Westberliner Wahl.

Im Saarland dagegen wird man sehen, was von der neuen Landesregierung so anderes als bisher ausgehen wird, oder ob Saarbrücken ein ebenso löchriges Bollwerk gegen die Wende sein wird wie Düsseldorf.

Bereits jetzt ist die Debatte um die „Verstaatlichung von ARBED“ voll in Gang gekommen. Obwohl Lafontaine nichts anderes getan hat als zu sagen, daß ARBED ohnehin bereits aus Steuermitteln finanziert werde...

In Hessen gab es serienweise Verluste für CDU und FDP, nur Wallmann in Frankfurt hielt einen großen Teil seines riesigen Vorsprungs. Die Grünen blieben auch hier unter den von ihnen selbst erwarteten Ergebnissen. Das Ergebnis wird die Debatte um „rot-grün“ verstärken, daß die Wählerstimmen in diese Richtung gehen, ist unbestritten. Im Ganzen stellen diese Wahlen einen Dämpfer für Kohl dar, auch wenn die Stimmen der FDP den konservativen Block aufwerten.

(Zur Bewertung der Wahlen siehe auch Kommentar auf Seite 2)

politische Verbindungen gibt. Denn Terror in Dortmund gab es auch schon bisher und der ging von den Banden der FAP aus, deren Schalten und Walten die Behörden nicht nur dulden, sondern polizeilich schützen (siehe Seite 2, Presseerklärung aus Duisburg). Auch das Attentat beim Oktoberfest wurde zunächst als Spinnerei einzustufen versucht...

Heute, über vier Jahre nach München, kommen allmählich Tatsachen zutage, die Verwicklungen von Verfassungsschutzagenten beweisen. Ein Zusammenspiel gab es auch diesmal zumindest bei der „Auswertung“ in der öffentlichen Propaganda. Auch in Bezug auf den Dortmunder Anschlag gibt es keinen Grund, Lösungen wie „alles klar“ vorschnell zu glauben. Und schon gar nicht ohne weiteres die erneute Mär vom unpolitischen Jugendlischen.

Diese Woche

Ein Toter läßt grüßen — Um den Katalysator — Seite 2

Fest im Sattel? — Ein Beitrag zur Diskussion um die Bundesregierung — Seite 3

Die MAP-ML zur Wirtschaftspolitik in Nicaragua — Seite 7

Reaktionäre Vorstöße der IG-Chemie-Führung

Der Abschluß in der Chemie-Industrie ist schlimm genug. Noch schlimmer aber ist das Wortprotokoll der Tarifverhandlungen, das unmittelbar nach Bekanntwerden des Abschlusses in die Öffentlichkeit gelangte. Denn aus diesem Wortprotokoll geht hervor, daß die IG-Chemie-Führung, als sie 1983 gegen „Altersfreizeiten“ die 40-Stunden-Woche bis Ende 1987 festschrieb, bewußt eine einheitliche Front der DGB-Gewerkschaften für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich verhindern wollte, und daß sie jetzt versucht, von den Chemiekapitalisten den Judaslohn für diese Spaltung einzufordern.

Der Tarifexperte des Hauptvorstandes der IG Chemie, Horst Mettke, rühmte sich laut dem Wortprotokoll der Tarifverhandlungen gegenüber den Unternehmern ausdrücklich damit, daß die IG Chemie den Kapitalisten durch ihr Auftreten gegen die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich einen wichtigen Vorteil verschafft

habe. Gleichzeitig mit dem Bekanntwerden des Wortprotokolls bekundet der IG-Chemie-Vorstand die Absicht, in Zukunft verstärkt von einheitlichen, regionalen Tarifverträgen abzugehen, um stärker zu betrieblichen Verträgen überzugehen.

Ausführlicher Bericht auf Seite 4: „IG Spaltung...“

2000 bei der NUM-Solidaritätsveranstaltung Die Solidarität muß weitergehen 780 Bergleute entlassen!

Rund 2000 Teilnehmer waren am vergangenen Samstag auf Einladung des NUM-Beauftragten für Westdeutschland, Joe Holmes, nach Duisburg zur bundesweiten Kundgebung „Solidarität mit den britischen Bergarbeitern“ gekommen. Obwohl der Streik der Kumpel einige Tage vorher beendet worden war, wurde während der Veranstaltung deutlich, daß die Solidarität mit den britischen Bergarbeitern weitergehen muß — vor allem die 780 entlassenen Bergleute brauchen weiter internationale Unterstützung.



Rückkehr in die Gruben

Auf der Veranstaltung redeten britische Gewerkschaftsführer und DGB-Gewerkschafter, die aber wegen des Boykotts der Veranstaltung von seiten der Gewerkschaftsführungen nur als „Privatleute“ auftreten konnten. Als erster berichtete Joe Holmes über seine Arbeit in Westdeutschland und die Solidarität hiesiger Gewerkschafter mit den Streikenden der NUM.

Bevor Joe Holmes zusammen mit dem Wuppertaler Büro der GEW die Solidaritätsarbeit in Angriff

nahm, waren erst rund 600 DM bei der NUM eingetroffen. Von Juli 1984 bis zum Streikende wurden dann aber rund eine Million Mark gespendet. Joe Holmes: „Angefangen haben wir nicht bei den Hauptvorständen, sondern vor den Betriebstoren, beiden Streikposten während des Streiks um die 35-Stunden-Woche.“ Aus diesem Kampf sind auch viele Unterstützungsgruppen und Komitees hervorgegangen, die bis heute die britischen Kumpel unterstützen.

Fortsetzung auf Seite 5

Lafontaine gegen Apel

Neben der konkreten Bewertung des Wahlverlaufs der drei Wahlen vom letzten Sonntag (siehe dazu Seite 1) erhebt sich vor allem die Frage, was für Schlußfolgerungen sich aus diesen Ergebnissen ziehen lassen.

Dabei ist nach all den Auseinandersetzungen der letzten Wochen und Monate natürlich die Frage nach dem Abschneiden der SPD die erste, die sich stellt.

Triumph des Parteilinken Lafontaine in Saarbrücken, Schlappe des Parteirechten Apel in Westberlin — beides ging wohl eindeutiger nicht. Die grundlegende Auseinandersetzung, ob Stimmengewinne im wesentlichen erzielt werden können, indem die SPD sich nach links abgrenzt und versucht den Regierungsparteien in der „Mitte“ Stimmen abzunehmen, oder indem die SPD sich bemüht, die Stimmen von Grünen und Alternativen zurückzugewinnen erscheint, trotz aller Unterschiede zwischen dem Saarland und Westberlin deutlich beantwortet.

Das ist ohne Zweifel eine Niederlage für all jene, die mit großen Koalitionen oder was auch immer spekuliert hatten und es noch tun.

Eine Tatsache hat sich erneut bestätigt: Es gibt — unabhängig davon wie weit dies jeweils aktuell oder im ganzen Bundesgebiet gilt — an verschiedenen Punkten die Möglichkeiten zu einer Mehrheit des reformistischen Lagers gegen die konservativen Parteien. Von einer Betrachtung von Parteiblocken ausgehend liegen sie in der Regel nicht so weit auseinander. Wenn sich allerdings ein bürgerlicher Politiker wie etwa Apel in eine völlig unglaubliche Position hineinmanövriert, wird er auch eine besondere Wahlschlappe erleiden.

Bestätigt hat sich auch erneut die These, daß die Mehrheit der Wähler der Grünen eine Koalition (in welcher Form auch immer) mit der SPD dann will, wenn sich in dieser Partei „etwas bewegt“. Wenn die Sprecherin der Grünen am Wahlabend aus ihrer „fundamentalistischen“ Position keinen Hehl macht und Lafontaine dafür kritisiert, er habe ja nur von der Arbeitslosigkeit geredet, dann steht allerdings zu befürchten, daß gerade diese Strömung innerhalb der Grünen von diesem Wahlausgang profitieren wird, weiter zuungunsten der sogenannten Ökosozialisten.

Kohl schließlich hat am Wahlabend in bezug auf die Ergebnisse aller drei Wahlen eingestanden, daß seine Partei sich nicht als Gewinner betrachten kann — er versuchte das allerdings auf die „in der Mitte der Wahlperiode üblichen Verschleißerscheinungen“ zu reduzieren. Naheliegender sind die CDU-Verluste neben Stimmen für die FDP vor allem dort zu begründen, wo die Arbeitslosigkeit weiter angewachsen ist und mit ihr die Armut.

Vor allem innerhalb der SPD werden diese Ergebnisse zu einer verstärkten Auseinandersetzung um den künftigen Kurs führen, aber auch innerhalb der Grünen.

Lafontaine und Brandt gaben am Wahlabend bereits die Vorlagen für diese Auseinandersetzung. Lafontaine mit seiner verkappten Herausforderung an Johannes Rau, Brandt mit seiner offenen Brückierung von Hans Apel und Co. Für die Grünen tat Jutta Dittfurth dasselbe, indem sie verstärkt Fundamentalopposition ankündigte.

Dies ist sicher nicht alles, was zu diesen drei Wahlen gesagt werden kann und muß. Genauso, wie es aber müßig ist, über das Ergebnis kommender Auseinandersetzungen innerhalb von SPD und Grünen zu spekulieren, ist es voreilig, aus diesen Wahlergebnissen nun sofort wieder direkte Schlußfolgerungen für die kommenden Bundestagswahlen zu ziehen, etwa in der Weise, damit sei einem Regierungswechsel Bahn gebrochen.

Revolutionäre Kräfte spielten bei keiner dieser Wahlen eine Rolle, schafften sie doch noch nicht einmal eine Beteiligung. Für sie wird es auch weiterhin darauf ankommen, nach Kräften dafür zu arbeiten, daß den Kräften der „Wende“ wirklicher Widerstand entgegengesetzt werden kann, was die SPD nicht tut und auch nicht die Grünen.

Impressum

Herausgeber: ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79 600-461. Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen, Tel.: (0231) 433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Platzmann-Druck, 4600 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abogebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen.

Dieser Ausgabe liegt eine Beilage bei.

EG-Streit um Katalysator Ein Toter läßt schön grüßen ...

Bereits am 20. März wollen sich die Umweltminister der EG-Staaten erneut treffen. Während die Bundesregierung dies als Zeichen wachsender Annäherung ausgeben will, wurde in den Bekundungen aus Frankreich, Großbritannien und Italien klar, daß nach wie vor massive Widersprüche bestehen: Gemeinsam mit den bundesdeutschen Autokonzernen protestieren auch die Verbände dieser drei Länder gegen den Katalysator.

Wenn in dieser ganzen verwirrenden Debatte eines klar geworden ist, dann dies: daß das alte bürgerliche Argument, die Industrie und der Autofahrer seien für Umweltverschmutzung verantwortlich, hinfällig ist. Es ist der massive Widerstand der Autokonzerne, der wirksame Maßnahmen zur Abgasreduzierung verhindert, sonst nichts.

Und dieser Widerstand hat lange Geschichte, daran sollte gerade in diesen Tagen erinnert werden. Anfang der 70er Jahre plante die damalige SPD/FDP-Regierung die Senkung des Bleigehalts im Benzin. Einhellig sahen die

Schleyer und Co damals dadurch den Untergang der deutschen Autoindustrie voraus — der natürlich nicht kam. Sie gaben nach, weil sie mit einem geradezu einzigartigen Geschenk besänftigt wurden: Zehn Jahre keine neuen Autogesetze wurden ihnen versprochen (und mehr als eingehalten).

Das war das Ende der damals bereits weit gediehenen Katalysatorforschung in der BRD, es war vor allen Dingen das Ende des einzig wirklich neuen Forschungsprojekts, daß es damals gab, des Euro-Autos 80, dessen Einführung in der Tat alle

„Sitzen wir mit am Tisch?“

Zum Auftakt der Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR machte die DKP in diesen Tagen einen erneuten Vorstoß, die Friedensbewegung auf diese Verhandlungen auszurichten. Zusammengefaßt wurde diese Politik in einem Artikel von Martha Buschmann, Mitglied des Präsidiums der DKP in der „UZ“ vom 9. März.

„Dennoch, es gibt keine Alternative zu Verhandlungen zwischen den Regierungen. Die Friedensbewegungen können nicht stellvertretend für die Regierungen handeln. Sie können keine für die Staaten verbindliche Verträge schließen. Sie können und müssen ihren Druck auf die Regierungen verstärken.“

Danach fährt sie fort: „Einseitige Abrüstungsschritte, mit denen viele Anhänger der Friedensbewegung sympathisieren und die auch von uns gefordert werden, können Schritte sein, die zum Abbau der Gefahr beitragen und das Verhandlungsklima günstig beeinflussen.“

Das sind die Kernaussagen des Artikels, die nach Reverenzen an die Kritik solcher Verhandlungen in der Friedensbewegung („nur schlechte Erfahrungen“) gemacht werden. Mit dem Zweck, jene Strömung zu stärken, die, trotz aller Kritik, davon ausgeht, die UdSSR sei eben letztlich doch nicht aggressiv, reagiere nur, sei für Abrüstung usw. Und die deswegen — auch wenn Buschmann das nicht direkt schreibt — eben der „Ansprechpartner“ der Friedensbewegung in Genf sein muß.

Vier Bemerkungen dazu, in aller Kürze, demnächst werden wir uns ausführlich damit befassen.

1. Auffällig ist, daß in dem Artikel zwar stets von den Friedensbewegungen geschrieben wird (in der Mehrzahl), daß geflüstertlich aber darüber hinweggegangen wird, daß es solche Bewegungen auch „drüben“ gibt, die sich zumindest gegen die imperialistische Ideologie vom „Gleichgewicht des Schreckens“ wenden.

2. Der Schachzug, auf

Forderungen nach einseitiger Abrüstung einzugehen, diese nun auch zu bejahen, sie aber gleichzeitig nur als Schritt auf dem Weg zu Verhandlungen abzuqualifizieren, soll gerade jene angeblich friedliebende Rolle der UdSSR erneut unterstreichen, deren Politik das Ganze sozusagen abrunden soll. Das heißt „mit am Tisch sitzen“ konkret.

3. Die in dem Artikel ebenfalls vertretene These, daß die UdSSR nur gezwungenermaßen „nachrüstet“ operiert mit der besonderen Aggressivität des US-Imperialismus und den angesprochenen Stimmungen, die daraus in der bundesdeutschen Friedensbewegung entstanden sind. Ernsthaft damit argumentieren kann man aber nur (und auch dann nur teilweise, vor allem im Nuklearbereich, bestimmt nicht bei der Marine etwa), wenn die politischen Bedingungen und Taten außen vor gelassen werden.

4. Denn in der Praxis hat es sich immer wieder gezeigt, daß die UdSSR aggressive Politik betreibt — und dies ist Grundvoraussetzung für Aufrüstung — sei es mit der offenen imperialistischen Begründung für den Einmarsch in Afghanistan, mit ihrer Stützung des Militärregimes in Äthiopien, oder einst mit dem Einmarsch in die CSSR oder ihrer Politik auf dem Rücken der Palästinenser.

Dies sollte bekräftigen, daß von Genf abermals nichts zu erwarten ist, was der Sicherung des Friedens wirklich dient, und daß der Kampf um einseitige Abrüstung keineswegs eine bloße Vorstufe zu solchen Verhandlungen ist, wie es von der DKP dargestellt wird, sondern der einzige Weg, Erfolge zu erringen.

heutigen Debatten überflüssig gemacht hätte, da seine Abgaswerte weit unter denen liegen sollten, die die gemeinsame Anwendung von Katalysator und Tempolimit erreichen könnten. Dieses Projekt wurde dem Profitstreben der Autokonzerne geopfert, die „Baiersbronner Gespräche“ der damaligen Bundesregierung mit den Konzernen unterschrieben seinen Totenschein. Die Leiche läßt schön grüßen ...

Heute wird wieder opponiert, einhellig von allen Autokonzernen. Die französischen Autokapitalisten, an ihrer Spitze die Peugeot und die englischen lamentieren gemeinsam mit Agnelli und rufen EG-Gerichte an, bzw. drohen damit.

Das kann ebensowenig ein Grund sein, auf die Einführung des Katalysators zu verzichten, wie die Wehklage bundesdeutscher Konzerne. Diese beklagen sich vor allem darüber, daß sie wahrscheinlich die Preiserhöhung nicht voll an die Käufer weitergeben lassen werde, sie also weniger Profite einstreichen und das ist bekanntlich ihr einziges Ziel. Die Bundesregierung unternimmt hier schon alles Mögliche, um ja die finanzielle Belastung nicht auf die Konzerne fallen zu lassen (zumindest nur zu geringen Teilen) und hantiert deshalb mit der Steuer-schraube.

Die großspurigen Ankündigungen eines Herrn Zimmermann, nach denen die ganze Angelegenheit ur-

sprünglich bereits bis zum 1. Januar 1986 geregelt sein sollte, hat die Bundesregierung ohnehin bereits unter dem Druck der Autokonzerne um Jahre verschoben.

Zimmermanns Vorstoß sollte einst dazu dienen, die wieder aufgeflamte Debatte um das Tempolimit zu beenden, dieses „Urböse“ von der bundesdeutschen Autoindustrie zu entfernen — er vergaß dabei, daß die Konzerne überhaupt keine Auflagen haben wollen. Jetzt sind beide Debatten da, und die Konzerne, allen voran der bayerische, toben gegen den CSU-Minister. Wobei ein Tempolimit zusätzlich zum Katalysator keineswegs überflüssig, sondern nötig ist, nicht nur wegen der Sicherheit auf den Straßen (dies jedoch in erster Linie), sondern auch wegen zusätzlicher Entlastung.

Niemand (es sei denn, er vertritt die Interessen der Autokonzerne oder läßt sich von deren Mobilisierung verwirren) kann in der aktuellen Debatte ernsthaft Argumente gegen die beschleunigte Einführung des Katalysators haben. Es geht dabei nicht nur um den Wald, sondern, wie spätestens die Smog-Erfahrungen erneut gezeigt haben, auch um die Menschen. Das viel kritisierte Schwanken dieser Bundesregierung ergibt sich ausschließlich aus ihrem Bestreben, die Interessen der Konzerne zu vertreten und gleichzeitig ihr Gesicht zu wahren.

Presseerklärung

Am Samstag, dem 2. März 1985 veranstaltete die faschistische „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei“, kurz FAP, einen Kameradschaftstreff im Hamborner Ratskeller. An diesem Treffen beteiligten sich etwa 60 bis 70 Faschisten, darunter viele uniformiert und teilweise bewaffnet (Gasrevolver).

Der Saal war von dem Duisburger Kameradschaftsführer Ralf Panek für 14.00 Uhr offiziell auf seinen Namen und für seine Organisation (also FAP) angemeldet worden. Da der Ratskeller eine städtische Einrichtung ist, kann hier also durchaus von einem handfesten Skandal gesprochen werden.

Ab 13.00 Uhr hatten sich etwa 40 Duisburger Antifaschisten in der Nähe des Ratskellers versammelt, um die Veranstaltung zu verhindern. Als kurz nach 14.00 Uhr einem angereisten FAP-Mitglied eine Kiste voll faschistischer Materialien abgenommen wurde, veranstaltete die Hamborner Polizei eine regelrechte Hetzjagd auf die Antifaschisten. Die Antifaschisten wurden schließlich vor einem türkischen Teehaus „gestellt“, von zahlreichen Antifaschisten wurden die Personalien aufgenommen. Die dann stattfindende Veranstaltung und der spätere Abzug der Faschisten wurde, wie schon so oft, von der Duisburger Polizei geschützt.

Daß die Duisburger Polizei und ihre politischen Gremien auch ansonsten ein ungetrübtes Verhältnis zu den Faschisten haben, belegt auch der Ausspruch des FAP-Vorsitzenden in Duisburg, J. Mosler, anläßlich der letzten Kommunalwahlen in Duisburg: Zitat

„Der Polizei wurde dann die Bestätigung vom Wahlamt gezeigt, und ich erklärte den Beamten, daß die Plakate auch vom Inhalt her nicht strafbar sein könnten, da uns ein Urteil des Bundesgerichtshofs vorlag, wonach der Ausspruch ‚Ausländer raus‘ nicht den Tatbestand der Volksverhetzung erfüllen würde. Ab diesem Zeitpunkt gab es in Duisburg mit der Polizei keine Schwierigkeiten mehr.“

Schwierigkeiten bekamen die Faschisten, darunter auch der erwähnte J. Mosler, dann aber doch noch. Nach bestätigten Meldungen mußten sich einige von ihnen kurzfristig ärztlich behandeln lassen und ihre Autos schienen ebenfalls nicht mehr im verkehrsgerechten Zustand gewesen zu sein.

Auf die eigene Kraft vertrauen
Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trifft
Antifaschistische Aktion
Duisburg, den 12.3.85

Zwei Jahre nach der Wahl

Fest im Sattel?

Ein Beitrag zu einer Halbzeitbilanz

Alles zieht Bilanz, zwei Jahre nach und vor der Bundestagswahl. Zu Kohls eigener Rechenschaft haben wir bereits einige Anmerkungen gemacht (RM 10/85). Grund genug, nun zumindest im Ansatz auch von revolutionären Positionen aus eine Halbzeitbilanz zu ziehen.

Die Unternehmer, wen wundert es, sind zufrieden. Sie sehen nach diesen zwei (und einem halben) Jahren eine Reihe ihrer grundsätzlichen Forderungen erfüllt. Seien es soziale Kürzungen, Rüstungsaufträge oder andere Möglichkeiten für Milliardenengeschäfte, seien es zahlreiche Veränderungen gesetzlicher Bestimmungen zur Arbeit und anderes mehr — viel von dem, wofür sie das Zustandekommen dieser Regierung finanziert haben, den „Wahlkampf im Nachhinein“ beeinflusst, ist verwirklicht oder „im Werden“. Sicher gibt es Stimmen aus diesem Lager, vor allem aber aus dem sogenannten Mittelstand, dem „die Wende“ zu langsam, zu wenig weit geht. Sicher gibt es auch Unzufriedenheit in einzelnen Branchen, wie etwa aktuell der Automobilindustrie oder stärkere Forderungen nach mehr Rüstungsexport. Sicher gibt es auch, wie immer, neue Forderungen. Aber daraus ableiten zu wollen, maßgebliche Kreise der herrschenden Klasse träten heute massiv für eine andere Regierung ein, wäre vermessen. Was noch vor einem Jahr aktuell erschien, ist wohl fürs erste nicht auf der Tagesordnung.

Die Zufriedenheit aber hat eindeutig ihre Grenzen. Bisher hat die Bonner Koalition eine Reihe von Dingen nicht erreicht. Widerstand und auch Schwierigkeiten mit dem eigenen Anhang waren dafür die Grenze. Die Attacken der Unternehmer, die zur Wendezeit ganz massiv eine Änderung der Ausländerpolitik forderten (man erinnere sich an Papiere der IHKs) haben die Ergebnisse der „Rückkehrförderung“ gebracht, aber kein neues Ausländergesetz. Dies war einmal auf Widerstand zurückzuführen, der insbesondere stärker wurde, als Kemal Altun in den Tod getrieben war, zum anderen aber auch schwierig aufgrund kirchlicher Einwände.

Ähnliches gilt in diesem Bereich für die Änderung des Demonstrationsstrafrechts, im wirtschaftlichen Bereich für die besondere Bevorzugung der Kohle. Zumindest teilweise muß dies auch für die demagogische Umweltpolitik Zimmermanns gelten.

Wirtschaftspolitisch hat die konservative Koalition eine ganze Reihe von Schritten unternommen, vor allem die Besserverdienenden im Kleinbürgertum an sich heranzuziehen, die Bindungen des „Mittelstandes“ zu festigen.

Was den breiteren Masseneinfluß betrifft, so müßten eigentlich vor allem drei Dinge genannt werden. Zum einen ist in den letzten Monaten eine merkliche Verschiebung in der Debatte um Sozialpolitik festzustellen — unter dem Motto „die Zeit der Kürzungen ist vorbei“. Was nur insofern zutrifft, als sie auf die summierende Wirkung der letztjährigen Beschlüsse bauen können und — zunächst — keine neuen fassen müssen. Zum zweiten gelingt es der Regierung mit gewissem Erfolg, sich als Kraft der Modernisierung der Wirtschaft und auch des Lebens darzustellen, die die Zukunft sichert, und die Arbeitslosigkeit — irgendwann — beseitigt, während andere „Bremsen“

seien. Dies betrifft sowohl neue Techniken als auch neue Arbeitszeiten usw. Und zum dritten — und hauptsächlich — gab es bisher keine größere politische Kraft, die die verschiedenen, 1984 zahlreichen, Affären und Skandale dieser Wenderregierung konsequent zum Aufbau oppositioneller Kräfte genutzt hätte.

Herausgefordert wurde diese Regierung bisher im wesentlichen durch zwei Bewegungen, auch wenn sie in anderen Bereichen durchaus politische Niederlagen hinnehmen

über das Industrieproletariat hinaus vor allem im „mittleren Bürgertum“ oder unter den Anhängern der Grünen um wachsende Anhänger-schaft geworben werden soll, wobei die ständigen Bestrebungen, sich gegenüber dem Kapital als regierungsfähig zu erweisen diese Wahl einengen, wie sie auch einer echten Mobilisierung der Industriearbeiterschaft entgegenwirken. Die jüngsten Wahlergebnisse werden diese Auseinandersetzung verstärken.

Im parlamentarischen Bereich zeigte sich diese Haltung der SPD am deutlichsten in der faktischen Großen Koalition in der Flick-Affäre. Deutlicher und wichtiger noch zeigt sich dies auch in der Entwicklung innerhalb der DGB-Gewerkschaften. Da wirkt zum einen, als

Schuld an Flexibilisierung in Betrieben geben.

Nach wie vor wird diese Haltung charakterisiert durch eine Politik, die zur selben Zeit, da immer noch Revolutionäre als Gewerkschaftsfeinde ausgeschlossen werden, sich ausdrücklich gegen die Forderung nach Blüms Ausschluß richtet.

Erst recht vermieden wird die politische Mobilisierung der Gewerkschaften, die über den Zusammenhang Flick — Amnestie — Sozialabbau nicht sonderlich schwer herzustellen gewesen wäre, ohne daß hier Mutmaßungen über das eventuelle Ausmaß angestellt werden sollen. So bleiben die Ansätze, die es in der Arbeiterbewegung gibt (die sich an Urabstimmungen, Betriebsbesetzungen, aktuellen betrieblichen Streiks und Wahlverhalten zeigen) brachliegen. Dies gilt (trotz einiger Veränderungen hier und da) erst recht für die gewerkschaftliche Organisation der Arbeitslosen — nach den Tarifabschlüssen bleibt hier nur noch der rituelle Verweis auf die DGB-Vorschläge zu einem Beschäftigungsprogramm.

der Partei geforderten Maschinenbeitrag gewesen wäre. (Siehe dazu RM 9/85). Bleibt also erneut die Frage nach inhaltlichen Alternativen und den entsprechenden Grundlagen der Mobilisierung.

Diese Regierung sitzt — bei den Unternehmern — felsenfest im Sattel. Auch jene Stimmen, die mit einem führenden Ministeramt für Strauß eine noch stärkere rechte Komponente in Bonn wollten, sind gegenwärtig zurückhaltender geworden. Wenn sie, trotz verschiedener Niederlagen, einiger Skandale und Affären und trotz ihrer Protest herausfordernden Zusammensetzung auch bei Wahlen nach wie vor gewinnen kann, dann ist das in erster Linie der Schwäche der Opposition zuzuschreiben. Diese Schwäche wiederum hat ihre Hauptsache in der Politik der SPD und entsprechend des DGB. Die Grünen sind und bleiben, erst recht nach der Niederlage der Ökosozialisten auf dem letzten Parteitag, keine Partei, die die Absicht hat, die nötige grundlegende Veränderung innerhalb der Gewerkschaften zu erreichen — dies ist und bleibt Aufgabe der revolutionären Kräfte, die innerhalb des DGB auch nicht schwächer sind als die Grünen, die darin ihre wichtigste Aufgabe sehen müssen, um in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung, im Klassenkampf, Interessen der Arbeiterklasse zum Tragen zu bringen.

Denn: Absolut fest im Sattel sitzt diese Regierung nicht. Trotz des „Aufschwungs der Profite“ wächst die Arbeitslosigkeit, und die wird ihr Hauptproblem bleiben, wächst die Armut. Die bereits getroffenen Entscheidungen zu Veränderungen des Systems sozialer Sicherung wirken nicht nur weiter, sondern erfordern konsequenterweise auch weitere Schritte zur Ausgrenzung immer weiterer Schichten und auch hin zur Privatisierung und „Kommerzialisierung“ von Sozialpolitik. Die in jeder Krise üblichen Forderungen der Kapitalisten nach einem „Ende des Sozialklimbims“ und nach „weniger Staat, mehr Unternehmerfreiheit (und mehr Polizei)“ gingen zur Zeit der Wende und gehen noch heute von anderen Voraussetzungen aus, als in früheren Jahren der BRD. Die Kassen der Sozialversicherungen beispielsweise waren dieses Mal bereits vor Beginn der Krise leer. Trotz Aufschwungs steigt die Zahl der Arbeitslosen oder sinkt zumindest nicht ab — die Entwicklung in der nächsten konjunkturellen Krise kann in der Tat katastrophale Ausmaße annehmen.

Hier, in der Arbeitslosigkeit, dem Sozialabbau, wird mit Sicherheit eine, sehr wahrscheinlich die, Kernfrage der weiteren Entwicklung liegen. Wenn die kapitalistische Wirtschaft zu ihrem Fortbestehen immer schrankenlosere Unternehmerfreiheit braucht, wenn bei hoher Arbeitslosigkeit dampfwalzen-gleich der vielgelobte Sozialstaat niedergemacht werden soll, dann wird sich die Frage nach Beschränkung, ja nach Abschaffung von Unternehmermacht in ganz anderer Weise stellen als heute noch. Die Festigkeit der bisherigen wirtschaftlichen Entwicklung, die in erster Linie in der amerikanischen Verschuldungspolitik begründet ist, erscheint außerdem keineswegs besonders groß.

Entlang dieser Fragen für der politischen Kampf um Arbeiterforderungen mobilisieren, sozialistische Propaganda zu betreiben für gemeinsame Aktion der revolutionäre und kämpferischen Wirken der Gewerkschaften eintreten, darin besteht als Konsequenz die Aufgabe der KPD, will sie ihren Beitrag zur Veränderung leisten.

Helmut Weiss



mußte. Solche Niederlagen waren etwa der Widerstand gegen die Volkszählung und vor allem der Widerstand gegen den Coup mit einem Amnestiegesetz für Steuerbetrüger und Parteienkäufer.

Im Jahr 83 war die wesentliche Herausforderung, das Generalthema die Auseinandersetzung um die sogenannte Nachrüstung, wo die Regierung trotz aller Proteste Härte bewies. Im Jahr 84 waren es die Streiks bei Metall und Druck, die allen Plänen, den Gewerkschaften schnell die Basis zu entziehen, Spaltung und Resignation zu säen, erst einmal einen deutlichen Riegel vorschieben.

Politisch wirkte sich dies im weiteren Anwachsen des Einflusses der Grünen aus (zumindest ansatzweise auch in der Arbeiterschaft, schwerpunktmäßig nach wie vor unter Jugendlichen im allgemeinen, im öffentlichen Dienst und unter Studenten), die revolutionären Kräfte blieben insgesamt (nicht zuletzt aufgrund ihrer Unfähigkeit zur gemeinsamen Aktion, die sich bei der geringen Stärke um so deutlicher spürbar macht) ohne größeren Einfluß. In der SPD gibt es wachsende Auseinandersetzungen darum, ob

Bestandteil und engstens verbunden mit der parlamentarischen Rechten die sogenannte Fünferbande, die immer nachdrücklicher ihre Politik der Sozialpartnerschaft auf niedriger Ebene verfolgt und propagiert. Da wirken zum zweiten all die verschiedenen Bestrebungen in welcher Form auch immer, ansatzweise zu einer konzentrierten Aktion zurückzukehren, wovon solche Funktionäre wie Ernst Breit deutlichste Vertreter sind. Ist man mit dem Streik „so weit gegangen, wie Gewerkschaften nur können“, wie dies Breit und Mayr sagen? Niemand, der den Streik konkret betrachtet (und kein fanatischer Sozialpartner ist) kann dies ernsthaft behaupten. Im Gegenteil: Eingeeordnet in die Vorgeschichte war dies eine Fortsetzung der Politik, die auf dem Gewerkschaftstag faktisch die Ablehnung (höchstens: Duldung) von Betriebsbesetzungen (von denen es ja mehr als früher gab) bedeutete und die mit der Absage an „die Besatzer“ am Rande des Kongresses untermauert wurde.

Von dieser Politik aus werden Tarifverträge gemacht und der IGM-Vorstand kann nicht ernsthaft jetzt vor allem Betriebsräten die

Die geschaffenen Fakten der letzten Zeit geben nicht viel Beweise her, für die von manchen Kreisen der Linken festgestellten Linksentwicklungen in den Führungsetagen der Gewerkschaften. So bleibt es dabei, daß die Notwendigkeit der Entwicklung einer kämpferischen Gewerkschaftspolitik, die als Voraussetzung dafür zu betrachten ist, diese Regierung ernsthaft in Bedrängnis zu bringen, das Wirken kämpferischer, oppositioneller Kräfte erfordert, ihre bessere Organisation und Schlagkraft.

Denn selbstverständlich schafft die Politik dieser Wunschregierung des Großkapitals immer wieder neue Linien der Auseinandersetzung, an denen, eben unter der Voraussetzung einer gestärkten Gewerkschaftsbewegung, eine Mobilisierung über die Gewerkschaften hinaus möglich ist. Die jüngste Entwicklung im Rentenbereich macht nicht umsonst, verschiedensten Bekundungen zufolge, den CDU-Wahlkämpfern manchen Kummer. Die SPD-Bundestagsfraktion hat in ihrem alternativen Gesetzesentwurf sofort darauf verzichtet, eine sichtbar andere Herangehensweise zu vertreten, wie es mit dem von Teilen

IG Spaltung

Direkt nach dem Abschluß in der Chemie-Industrie gelangte ein Wortprotokoll der Tarifverhandlungen an die Öffentlichkeit. Ausführlich stellte Horst Mettke demzufolge während der Tarifverhandlungen gegenüber den Unternehmern heraus, welche Verdienste sich die IG-Chemie-Führung im Kampf gegen die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich erworben habe.

Hintergrund der im folgenden zitierten Ausführungen von Horst Mettke, Verhandlungsführer der IG Chemie, ist die Tatsache, daß die Chemiekapitalisten gar keine Vorruhestandsregelung vereinbaren wollten, sondern allenfalls Arbeitszeitverkürzungen für ältere Kolleginnen und Kollegen. Da ruft Horst Mettke mit folgenden Worten in Erinnerung, daß die IG Chemie für ihre Dienste doch ein gewisses Entgegenkommen erwarten dürfe:

„Es ist völlig richtig, die Tarifparteien haben 1983 in diesem Bereich eine Entscheidung getroffen, zu der ich mich nach wie vor rückhaltlos bekenne, trotz der Schwierigkeiten, die es damit in aller Welt gegeben hat. Diese damalige Entscheidung hat sicherlich einen bestimmten politischen Wert gehabt, daß also diese beiden Tarifvertragsparteien 1983 eine Entscheidung getroffen haben, die als der Modellfall dargestellt wurde in einer Zeit, als wir ja extreme Verhältnisse hatten und die Bundesrepublik sich in einer schwierigen Auseinandersetzung im Rahmen der Tarifpolitik befand. Damit haben die Tarifvertragsparteien bestimmte Verantwortlichkeiten übernommen; das haben sie gewußt.“

Nun ist die Auswirkung nicht so gewesen, daß andere das Modell übernommen

haben. Aber das Klima, unter dem diese Entscheidung damals zustande gekommen ist, hat auch in der öffentlichen Diskussion um Arbeitszeitfragen eine sehr zentrale Rolle gespielt.

Wie wäre das 1984 ausgegangen? Ich meine, wir sollten das schon sagen. Wenn die Arbeitgeber nicht den Vorteil gehabt hätten zu sagen, „Es gibt auch Gewerkschaften, mit denen das anders geht und wo andere Regelungen gefunden werden können!“, ich weiß nicht, wie das ausgegangen wäre, wenn 17 Gewerkschaften alle an der gleichen Arbeitszeitfront gestanden hätten. Die Lage wäre dann sicher ein bißchen anders gewesen. Aber das ist praktisch immer nur Spekulation, das weiß man eben nicht.“

Horst Mettke war sich wie die Führung der IG Chemie insgesamt sehr klar über die Tatsache, daß sie mit dem Bonner Abkommen von 1983 den organisierten Kapitalisten einen entscheidenden Vorteil verschafft haben, daß sie dafür gesorgt haben, daß der einheitlichen Kampagne aller Unternehmerorganisationen und der politischen Reaktion gegen den Kampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich nicht die solidarische Einheit aller Gewerkschaften entgegengestellt werden konnte. Horst

Mettke hat schon recht: Wenn die Unternehmer diesen Vorteil nicht gehabt hätten, wäre die Lage ein bißchen anders gewesen.

Nun aber steht Horst Mettke vor dem Problem, daß die IG-Chemie-Führung sich vor den Mitgliedern auf den Vorruhestand festgelegt hat, daß die Chemiekapitalisten den Vorruhestand aber gar nicht vereinbaren wollen. Horst Mettke erinnert die Chemie-Unterhändler daran, daß die Arbeitgeberverbände selbst den Vorruhestand als „das Modell der Vernunft“ ins Spiel gebracht haben, um die Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich propagandistisch zu unterlaufen. Nahezu entschuldigend erläutert er dem Chemie-Unterhändler Jentzsch, daß die IG-Chemie-Führung daraus eine falsche Schlußfolgerung gezogen habe:

„Herr Jentzsch, und daraus ist natürlich der Eindruck, vor allem bei uns entstanden: die Arbeitgeber bieten das öffentlich an, sie sagen, das ist die Entscheidung der Vernunft, und wir brauchen nur dahin zu gehen und das zu besprechen, dann bekommt man eine vernünftige Lösung. Und der Punkt war noch, daß Metall sozusagen den Vorruhestand noch nachgeworfen bekommen hat, zumindest also von der Optik her eine Vorruhestandsregelung hat, wenn auch eine sehr schlechte. In welcher Position wir hier sind, das mögen Sie doch bitte einmal überdenken...“

Daß ein Gewerkschafts-

führer den Kapitalisten vorwirft, sie seien gegenüber einer anderen Gewerkschaft zu nachgiebig gewesen, ist jedenfalls nach unserer Kenntnis der jüngeren Geschichte der Gewerkschaftsbewegung unseres Landes eine Premiere. Daß es sich um ein trauriges Beispiel von Vorkommenheit handelt, muß wohl nicht näher begründet werden.

Der IG-Chemie-Vorsitzende Hermann Rappe versucht in einem Gespräch mit dem „Handelsblatt“, Mettkes Äußerungen als „reine Verhandlungstaktik“ darzustellen: „Daß das nun herausgenommen und zu einer Grundsatzpositionsfrage der IG Chemie stilisiert wird, das halte ich für unangemessen, um mich mal ganz vorsichtig auszudrücken.“

Das Problem ist aber doch: Alles was Mettke da „verhandlungstaktisch“ zu Protokoll gibt, ist wahr, hat sich tatsächlich so abgespielt. Den von Mettke beschriebenen Verrat an der gewerkschaftlichen Solidarität hat die IG-Chemie-Führung tatsächlich begangen. Man muß schon wie Rappe ein sehr rechter Sozialdemokrat sein, um nicht zu erkennen, daß ein solcher Verrat, eine solche Absprache mit den Kapitalisten zur Spaltung der Gewerkschaftseinheit eine Grundsatzfrage ist und nicht erst zu einer solchen „stilisiert“ werden muß.

Mettke und Rappe haben auch keine Zeit verstreichen lassen, um zu versuchen, erneut einen einheitlichen Kampf der Gewerkschaften gegen einen besonders bedrohlichen Angriff der politischen Reaktion auf die Kampffähigkeit der Gewerkschaften zu verhindern. Wie auch im „Roten Morgen“ berichtet, haben 150 Abgeordnete der Unionsparteien eine Gesetzesinitiative vorbereitet, die eine Neuregelung des § 116 des Arbeitsförderungsgesetzes (Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit bei Arbeitskämpfen) im Sinne des berüchtigten Franke-Erlasses beinhaltet. Bekanntlich hat sich der Franke-Erlass, also der Beschluß der Bundesanstalt für Arbeit, während des Streiks für die 35-Stunden-Woche an die „kalt ausgesperrten“ Metallarbeiter kein Kurzarbeitergeld zu zahlen, als rechtlich nicht haltbar, als illegal herausgestellt. Die angestrebte Änderung des Beschäftigungsförderungsgesetzes soll nun ausdrücklich die Zahlung von Kurzarbeitergeld für die Beschäftigten der ganzen Branche ausschließen, wenn in diesem Industriezweig regional gestreikt wird.

Das ist ein schwerer Angriff auf die Streikfähigkeit der Gewerkschaften. Entsprechend haben sich auch führende Gewerkschaftsfunktionäre, selbst der DGB-Chef Ernst Breit, geäußert. Rappe und Mettke aber erteilen jedem gemeinsamen Widerstand eine Absage, indem Rappe etwa gegenüber dem „Handelsblatt“ erklärt, die Änderung des § 116 zwinge die Gewerkschaften zur Neuordnung bzw. Verkleinerung der Tarifgebiete, wenn wir überhaupt

Nachtrag zum Chemieabschluß

Über den Tarifabschluß in der Chemieindustrie haben wir schon in der letzten Nummer des „Roten Morgen“ im einzelnen berichtet. Zwei Dinge aber sind noch nachzutragen:

1. Was den Lohnabschluß von 3,8 Prozent betrifft, hat in vielen Betrieben die Tatsache, daß es sich um einen klassischen Nacht- und Nebelabschluß gehandelt hat, zu besonderer Empörung geführt. Bei Bayer in Leverkusen etwa diskutierten die Vertrauensleute noch über die Höhe der zu stellenden Lohnforderung, als die

kampffähig bleiben wollen.

Mettke hatte die gleiche Forderung nach Änderung des Tarifvertragssystems zuvor ausdrücklich mit der Notwendigkeit begründet, differenziert die unterschiedliche Lage einzelner Betriebe und Unternehmen einzugehen: „Wir berücksichtigen beispielsweise in der Glasindustrie Unterschiede. Da gibt es Glashütten, wo das Glas noch handgemacht oder mündgeblasen wird, und andere, wo das Glas vollautomatisch hergestellt wird. Wieder andere Betriebe sind halbautomatisch. Da differenzieren wir auch in den Tarifverträgen.“ Das alles äußerte Mettke in offener Kritik an der IG Metall, deren Tarifpolitik eine solche Differenzierung angeblich verhindere.

Nun sind derartige Unterschiede zwischen Betrieben ja nichts Neues. Neu ist aber eben auch nicht der Gedanke, daß Industriegewerkschaften eben nicht diese Unterschiede, sondern nur die gemeinsamen Interessen der Arbeiter und Angestellten zur Grundlage ihrer Politik machen können. Nur auf der Basis der gemeinsamen Interessen kann Einheit und Kampffähigkeit der Arbeiter und Angestellten hergestellt werden. Auf der Basis der Unterschiede zwischen den Betrieben kann nur Spaltung und Kampfunfähigkeit hergestellt werden. Die Zerstörung der Industriegewerkschaften bzw. ihre Auflösung in Betriebsgewerkschaften wäre in letzter Konsequenz die Folge — ein Prozeß, der normalerweise als „Japanisierung der Gewerkschaften“ in der Diskussion ist.

Originalton Mettke: „Oder wir arbeiten mit abgesicherten Öffnungsklauseln, so daß der Tarifvertrag die Klammer ist, die für alle Arbeitnehmer Gültigkeit hat, nach oben hin aber offen ist, so daß dort, wo es geht, noch etwas anderes vereinbart werden kann.“ Zutreffend kommentiert die „Frankfurter Rundschau“: „Da würden dann die Betriebsvertragsparteien an die Stelle der Tarifvertragsparteien treten.“

Mettke erklärte übrigens, mit dem tarifpolitischen Ausschuß des DGB sei bereits über dieses Thema gesprochen worden, und in der nächsten Zeit werde wohl auch eine Grundsatzdiskussion im DGB beginnen. Beunruhigend an dieser An-

Nachricht über den Abschluß dazwischenplatze.

2. Wir meldeten, daß als Vorruhestandsgeld 75 Prozent des letzten Monatsbruttoeinkommens zuzüglich 75 Prozent der Sonntags-, Feiertags- und Nachzuschläge vereinbart wurden. Hinzugefügt werden muß, daß laut Tarifvertrag dieses Vorruhestandsgeld vom Unternehmer um Leistungen aus der betrieblichen Altersversorgung oder Leistungen öffentlich-rechtlicher Art in vollem Umfang gekürzt werden kann.

kündigung ist vor allem, daß die IGM-Führung, gegen die Mettke den Hauptangriff vor allem richtet, in dieser Frage keineswegs als sattelfest betrachtet werden kann. Schließlich stellt der Tarifvertrag über die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 38,5 Stunden bereits einen ziemlichen Schritt weg von den einheitlichen Tarifverträgen, hin zu betrieblichen Verträgen dar. Erinnert sei daran, daß auch Franz Steinkühler, der sich gegenwärtig wieder gegen die Flexibilisierung äußert, im letzten Jahr weitgehende Vorstellungen über auf betriebliche Bedingungen „maßgeschneiderte“ Vereinbarungen entwickelt hat.

Vor diesem Hintergrund ist folgende Vermutung durchaus nicht abwegig: nachdem die IG-Chemie-Führung durch ihr spalterisches Vorgehen den Kapitalisten geholfen hat, in der Metallindustrie den Einstieg in die Flexibilisierung zu schaffen, soll sie nun die „flexible Tarifgestaltung“ als tarifpolitische Leitlinie im DGB durchsetzen. Dazu gehört verstärkter Druck auf die IGM-Führung, die in dieser Frage keineswegs einheitlich ist und vor der Situation steht, daß in der Arbeitszeitfrage in nicht unerheblichem Umfang eine betriebliche Differenzierung bereits Tatsache ist. Letzteres könnte, auch um der Kritik aus den eigenen Reihen auszuweichen, zu der Versuchung führen, einfach aus der Not eine Tugend zu machen.

Die Bestrebungen zur Neuregelung des § 116 Beschäftigungsförderungsgesetz wirken dabei als zusätzliches Druckmittel. Die IG-Chemie-Führung hat dem einheitlichen gewerkschaftlichen Widerstand dagegen bereits eine Absage erteilt, weil sie ohnehin weg will von der einheitlichen branchenmäßigen Orientierung der Tarifpolitik hin zu betrieblichen Vereinbarungen. Das ist, nebenbei gesagt, exakt das, was die Unternehmer wollen.

Man könnte es auch so formulieren: Der Weg der Spaltung und des Verrats, den die IG-Chemie-Führung mit dem Bonner Abkommen von 1983 eingeschlagen hat, der durch das peinliche Bekanntwerden des Wortprotokolls der Tarifverhandlungen in wünschenswerter Klarheit noch einmal dokumentiert wurde, soll fortgesetzt werden.

Meldungen

Sympathiestreiks unzulässig?

Der 1. Senat des Kasseler Bundesarbeitsgerichts hat es für grundsätzlich unzulässig erklärt, daß in Betrieben, die nicht direkt zum Geltungsbereich eines umkämpften Tarifvertrages gehören, von den Gewerkschaften zum Streik aufgerufen wird. Die IG Druck & Papier hatte im Dezember 1981 50 Kolleginnen und Kollegen einer Druckerei zum Streik aufgerufen, um den Kampf der Belegschaft eines bibliografischen Instituts für den Abschluß eines Firmentarifvertrages zu unterstützen. Die Druckerei hatte die Gewerkschaft auf Schadensersatz verklagt.

Das BAG stellt in dem Urteil allerdings auch fest, daß Ausnahmefälle denkbar seien, wenn das bestreikte Unternehmen zwar nicht unmittelbar zum Geltungsbereich des umkämpften Tarifvertrages gehöre, aber auch nicht mehr als „außenstehender“ Dritter betrachtet werden könnte. Im konkreten Fall muß nun das Landesarbeitsgericht in Rheinland-Pfalz diese Frage prüfen.

Unternehmerfront gegen Bildungsurlaub für abhängig Beschäftigte!

In Niedersachsen, wo es Bildungsurlaub schon seit längerem gibt, sind die Unternehmerverbände schon lange dabei, ihn weitgehend einzuschränken — hilfreich dabei ist für sie eine Gesetzesformulierung, daß die Bildungsveranstaltungen, die der

„direkten Durchsetzung politischer Ziele dienen“ nicht förderungswürdig sind.

Aber auch in Hessen und NRW laufen die Unternehmer Sturm gegen die entsprechenden Gesetze. Mit Hinweis auf eine bisher noch nicht eingereichte Verfassungsklage haben inzwischen mehrere Unternehmerverbände ihre Mitgliedsfirmen aufgefordert, keine Freistellungen für Bildungsurlaub ohne Absprache mit den Verbänden zu genehmigen. Als mögliche Maßnahmen werden folgende drei Punkte empfohlen:

1. Generelle Weigerung in Bezug auf eine Freistellung
2. Freistellung ohne Lohnfortzahlung
3. Freistellung mit Lohnfortzahlung unter Vorbehalt, also mit der Möglichkeit, den Lohn irgendwann zurückzufordern.

Inzwischen liegt eine SPD-Anfrage im Landtag von NRW vor, in der der Abgeordnete Rohmeis von der Landesregierung wissen will, mit welchen Schritten die Landesregierung die Durchsetzung des Gesetzes erzwingen will. Man darf gespannt sein, wie die Landesregierung antwortet und wie sie handelt.

Angesichts der z.B. in Bremen von weniger als 5 Prozent der Berechtigten genutzten Bildungsurlaubsmöglichkeiten hat die Unternehmerkampagne nicht nur ökonomische Interessen als Hintergrund, sondern ist zu verstehen als politische Kampfansage an auch nur kleine Maßnahmen im Interesse der abhängig Beschäftigten.

Trotz Aushöhlung des Jugendarbeitsschutzes verschlechterte Ausbildungsbilanz

Obwohl die Zahl der im Jahre 1984 abgeschlossenen Ausbildungsverträge gegenüber 1983 um 30000 gestiegen ist, ist die Zahl der unversorgten Jugendlichen höher als je zuvor.

Von 1975 bis heute stieg die Zahl der Jugendlichen, die in schulischen Berufsbildungslehrgängen untergebracht bzw. geparkt werden von 220000 auf über 400000.

In bestimmten Bereichen wurden die mehr eingestellten Auszubildenden dazu benutzt, Beschäftigte wegzurationalisieren. So sank etwa im Handwerk und im Einzelhandel die Zahl der insgesamt Beschäftigten ohne Auszubildende, während die Zahl der Auszubildenden stieg.

Im Bäckerhandwerk, ein Bereich, der von der „Lockerung“ des Jugendarbeitsschutzes besonders profitierte, sank die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze um 1,4 Prozent, nach der Aufhebung der Jugendschutzvorschriften.

Seit 1976 war die Zahl der Stellen für Bewerber noch nie so niedrig wie im Jahre 1984.

Schließlich arbeitet die Bundesregierung in ihren Zahlen mit getürkten Unterlagen. Bei ihren Darstellungen berücksichtigt sie nicht, die Auflösung von Verträgen, die in den ersten drei Monaten stattfinden und enormen Umfang haben.

Die Solidarität muß weitergehen

Fortsetzung von Seite 1

Wo die 900000 Mark geblieben sind, die die IG Metall über die britische Stahlarbeitergewerkschaft den Bergarbeiterfamilien als „humanitäre Hilfe“ hat zukommen lassen, wußte weder Holmes noch der Generalsekretär der NUM, Peter Heathfield zu sagen. Heathfield sagte zu dieser Summe: „I don't know, where that's gone“, „Ich weiß nicht, wohin sie ging.“ Durch die Spendenpraxis der IGM fühle sich die

NUM „beleidigt“, denn dadurch sei die „Aufrichtigkeit der britischen Bergarbeiter“ in Zweifel gezogen worden. In jedem Fall habe die IGM das Ziel der NUM, für eine gerechte Verteilung der Spendengelder unter den Streikenden zu sorgen, untergraben.

Joe Holmes fragte in diesem Zusammenhang: „Wie würde der IG-Metall-Vorsitzende Hans Mayr wohl reagieren, wenn Spenden während eines IGM-Streiks zur Industriegewerkschaft Berg-

bau und Energie gingen?“

Holmes bat darum, die Unterstützung fortzusetzen, denn der Kampf gehe nun in eine zweite Runde. „Gebt uns Gelegenheit, daß wir weiterkämpfen können“. Konkrete Aufgabe sei nun vor allem für die Wiedereinstellung der 780 entlassenen Bergleute zu kämpfen, und deren Existenz bis zur Wiedereinstellung abzusichern. **Solidaritätsgruppen und Komitees könnten z.B. Patenschaften für Bergleute übernehmen, die wegen ihrer Aktivitäten während des Streiks entlassen worden sind.**

Der Generalsekretär der NUM, Peter Heathfield, betonte in seiner Rede nochmals die Notwendigkeit des bedingungslosen Kampfes in den Kohlereviere gegen das soziale Elend und die Zechenstilllegungen. Auch er fand kritische Worte, war verbittert über die Haltung des DGB, vor allem der IGBE: „Überall in der Welt dienten die nationalen Bergarbeitergewerkschaften als Katalysatoren bei der Unterstützung unseres Kampfes, mit Ausnahme der Bundesrepublik Deutschland.“ Aus Polen, USA, Südafrika und der BRD seien massive Kohlelieferungen erfolgt, die den Streik „unterminiert“ hätten. Dagegen habe keine einzige Tonne Kohle Australien in Richtung England verlassen und auch die Transport- und Hafenarbeiter in Frankreich und Belgien hätten sich in den letzten Monaten geweigert, Kohle nach England zu verladen.

Ron Todd, der Generalsekretär der „Transport and General Workers Union“, der Transportarbeitergewerkschaft, verdeutlichte nochmals den politischen Charakter des Bergarbeiterstreiks, seine große Bedeutung im Kampf gegen die brutale Wirtschaftspolitik der konservativen Thatcher-Regierung. Die als „Privatleute“ auftretenden DGB-Gewerkschafter berichteten während der Duisburger Veranstaltung von der Solidaritätsarbeit in ihren Bereichen und nahmen mehrheitlich auch scharf gegen die DGB-Führung Stellung. Auch der sozialpartnerschaftliche Kurs innerhalb des DGB wurde kritisiert, vor allem der Sprecher der IGM-Vertrauenskörperleitung von Bosch/Reutlingen, Karl Gruner, und der ÖTV-Seebeiratsrat und Konzernbeiratsvorsitzende der Hapag Lloyd, Jürgen Sönksen, hielten sehr kämpferische Beiträge.

Während der von einem reichhaltigen Kulturprogramm umrahmten Veranstaltung wurden unter den Teilnehmern nochmals fast 24000 Mark für die NUM gesammelt. Weitere Unterstützung der NUM ist auch nach Abbruch des Streiks notwendig. Wie notwendig, kann ein kleines Rechenbeispiel verdeutlichen: wenn die 780 entlassenen und noch nicht wieder eingestellten Bergleute monatlich auch nur mit 1000 Mark unterstützt werden sollen, macht das 780000 Mark pro Monat.

Der Kampf der NUM war richtig

Aus einem Flugblatt der KPD

Natürlich werden die Verfechter des sozialpartnerschaftlichen Übereinkunft mit den Unternehmern bemüht, die Tatsache, daß die NUM nach einem Jahr Streik mit der Durchsetzung der Streikziele zunächst gescheitert ist, als Beweis für die Richtigkeit ihrer Position auszuschlachten.

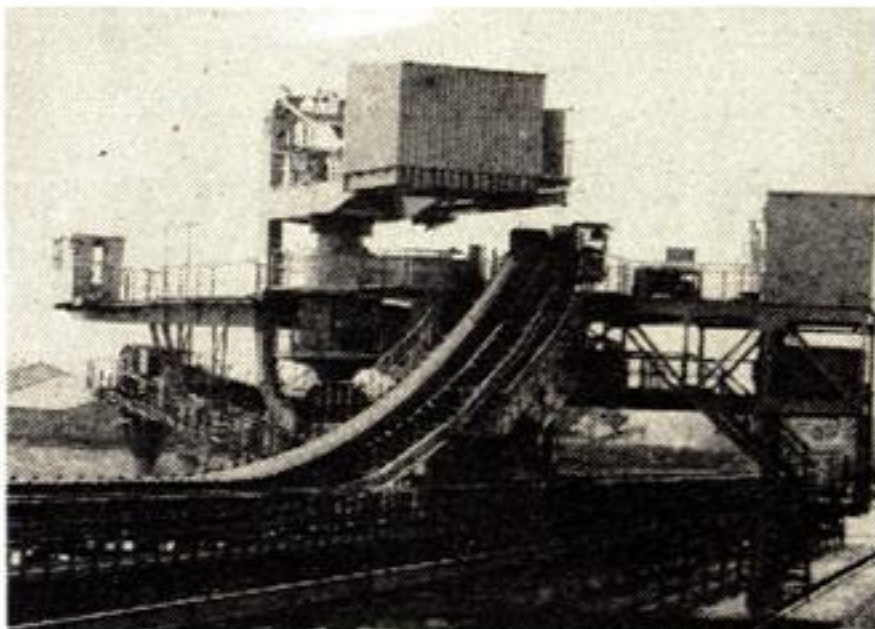
Was aber ist wirklich bewiesen? Bewiesen ist, daß etwa in der Stahl- und Bergbau-Stadt Dortmund eine offiziell registrierte Arbeitslosigkeit von 17,4 Prozent vorliegt. Adolf Schmidt mag das als „zufriedenstellende Bewältigung der sozialen Probleme“ betrachten. Die Arbeitslosen und die Kolleginnen und Kollegen, die um ihren Arbeitsplatz fürchten müssen, wird das weniger zu friedensstellen.

Bewiesen ist, daß die Unternehmer und die konservative Reaktion bei uns die Arbeitslosigkeit erfolgreich ausnutzen, um systematisch die gewerkschaftlichen Positionen zu schwächen. Wir nennen: die Gesetzesentwürfe zum Arbeitszeitgesetz und zum Beschäftigungsförderungsgesetz, die geplanten Änderungen zum Betriebsverfassungsgesetz, die Bestrebungen innerhalb der CDU, den Franke-Erlaß zum Gesetz werden zu lassen, außerdem Blüms Vorstoß in Sachen Samstagsarbeit und Verschiebung des Rentenalters.

Bewiesen ist, daß es unter der Führung der rechten Sozialpartnerschaftsstrategen keine ernsthafte gewerkschaftliche Gegenwehr gegen diese Angriffe von Kapital und Reaktion gibt.

Bewiesen hat die vorläufige Niederlage der NUM auch, daß die Spaltung der Gewerkschaften durch jene Kräfte, die auf die Zusammenarbeit mit den Unternehmern und der konservativen Reaktion setzen und nicht auf die kämpferische Solidarität der Arbeiterklasse, die wirkliche Ursache für die Niederlagen der Arbeiterklasse und der Gewerkschaftsbewegung ist.

Der Einfluß von Schmidt, Rappe, Mayr, Breit und ihresgleichen in unseren Gewerkschaften muß gebrochen werden. Ihren Beitrag zur Niederlage der NUM haben sie geleistet. Kämpfen wir gemeinsam dafür, daß sie die Kampfkraft unserer Gewerkschaften nicht weiter schwächen können.



Auf dieser Kohleverladungsanlage der Ruhrkohle AG im Duisburger Hafen wurde monatelang auch Streikbrecherkohle nach England verladen. In der Nacht vom 1. und 2. März wurde von unbekannten, aber sympathischen Menschen das Transportband mehrmals durchgeschnitten als „kleiner Beitrag zur praktischen Solidarität, zur Behinderung der Streikbrecherkohle“, wie es in einer Erklärung der Saboteure heißt.

Umsetzung der Tarifvereinbarungen zur Arbeitszeitverkürzung!

Schlag auf Schlag werden in diesen Tagen in immer mehr Betrieben die fertigen Betriebsvereinbarungen öffentlich gemacht, die zur Umsetzung der 38,5-Stunden-Woche abgeschlossen wurden.

Ein besonderer Streitpunkt dabei bildet — und zwar sowohl in der Metallindustrie als auch in der Druckindustrie — die Frage der Dreifachschichtler.

Drei-Schicht-Arbeitern wird bisher pro Acht-Stunden-Schicht eine halbe Stunde bezahlte Essenspause gewährt. IG Metall und IG Druck gehen davon aus, daß dies auch weiterhin der Fall ist. Die Unternehmer wollen diese halbe Stunde auch in Zukunft bezahlen, stellen sich aber auf den Standpunkt, daß die Pause in Zukunft bezahlte Freizeit sei. Damit wäre die persönliche Arbeitszeit für Drei-Schicht-Arbeiter auf 37,5 Stunden verkürzt.

Die Unternehmer in Baden-Württemberg haben inzwischen die Schiedsstelle angerufen. Insgesamt sind allein im Bereich der IGM bundesweit rund 400000 Beschäftigte von diesen Problemen betroffen.

In Baden-Württemberg hat die Große Tarifkommission die Absicht bekundet, die Betriebsvereinbarungen über Drei-Schicht-Betrieb aufzukündigen, falls die Unternehmer bei ihren Vorstellungen bleiben, bzw. die Schiedsstelle zugunsten der Unternehmer entscheidet.

Ein zweiter Angriffs-

punkt der Unternehmer bei der Umsetzung der 38,5 Stunden ist der freie Samstag. Nachdem schon BMW zumindest für das neue Werk Regensburg die Planung von regelmäßiger Samstagsarbeit angekündigt hat, wurde bei Siemens in München im Gerätewerk im Rahmen der Betriebsvereinbarung geregelt, daß etwa 100 Arbeiterinnen und Arbeiter regelmäßig an einem Samstag im Monat arbeiten müssen.

Diese Entscheidung fällt die tarifliche Schlichtungsstelle für Bayern. Damit wurde die Kapazität in der Vorfertigung einschließlich der regelmäßigen Früh-, Mittag- und Nachtschicht auf 136 Stunden in der Woche erhöht. Die IGM hat eine Klage angekündigt, da jetzt z. T. 48 Stunden in der Woche gearbeitet würden. Belegschaftsaktionen hat es bisher dazu nicht gegeben. Angesichts der bisherigen Entscheidungen der bayrischen tariflichen Schlichtungsstelle (s. Demag, Nürnberg) täten sie offensichtlich not!

Auch bei Reynolds-Aluminium in Hamburg-Finkenwerder versucht die Geschäftsleitung, wieder zu regelmäßiger Samstagsarbeit überzugehen. Als Gegenmaßnahme hat der Betriebsrat seit drei Wochen alle Überstunden verweigert. Bei

Miele in Gütersloh wurde eine sehr flexible Regelung vereinbart. Zwar haben alle 38,5 Stunden, die aber nicht nur dadurch erreicht werden können, daß jeden zweiten Freitag 3 Stunden kürzer gearbeitet wird, sondern auch je nach Marktlage ein ganzer Monat 40 Stunden gearbeitet wird, dann im nächsten Monat 37 Stunden je Woche.

Eine weitere Variante der Umsetzungsstrategien der Unternehmer, die in den vorbereitenden Schulungs- und Ausrichtungsmaterialien des IGM-Vorstandes zu Recht angeprangert und als nicht abschlußfähig beurteilt wurde, ist die Regelung über sogenannte Brückentage, also Tage, die zwischen Feiertagen in der Woche und den Wochenenden liegen.

Bei der Siemens AG in Erlangen wurde eine solche Vereinbarung verabschiedet, die für 1985 fünf Brückentage und einen frei verfügbaren Tag vorsieht. Konkret sind die Brückentage der 17.5., 7.6., 23.12., 27.12. und 30.12. Die IGM klagt gegen diese Vereinbarung, da sie gegen den Manteltarifvertrag verstößt. Auch für 1986 sind wieder Brückentage vorgesehen, ebenfalls 5, sowie 4 frei verfügbare Tage für jeden.

Ähnliche Regelungen sind für die meisten der 18 Werke von MBB abgeschlossen worden, wo die 1,5 Stunden wöchentlich auf freie Tage gebündelt werden, in Zusammenhang mit Feiertagen

sollen sie dann genommen werden. Die unterschiedliche Fahrweise zwischen 37 und 40 Stunden, wie in anderen Betrieben, ist bei MBB nicht direkt eingeführt worden.

Allerdings ist aus Bremen folgendes „Vereinbarungspaket“ von MBB und dem örtlichen Betriebsrat bekannt geworden:

Auf einer außerordentlichen Betriebsratssitzung wurden drei Vereinbarungen verabschiedet, die sich gegen die Empfehlungen des IGM-Vertrauenskörpers richten, aber von 10 der 17 Betriebsräten, den 8 dem Unternehmer nahestehenden und den 2 DAG-Betriebsräten, durchgezogen wurden.

Die tägliche Arbeitszeit (Gleitzeit) beträgt ab 1.4.85 nur noch 7 Stunden, 42 Minuten für alle. Die Zeiten, zu denen man frühestens Feierabend machen kann, wurden aber nicht verändert — nur morgens kann man später anfangen. Parallel dazu wurde eine Zusatzvereinbarung zur Gleitzeit abgeschlossen, die ermöglicht, bei betrieblicher Notwendigkeit, die Kollegen in zwei Gleitzeitmodelle einzuteilen: Frühzeit von 6.00 Uhr bis 16.30 Uhr und Spätzeit von 8.30 Uhr bis 19.00 Uhr — das ist offensichtlich Schichtarbeit und soll dort angewandt werden, wo an Bildschirmen und kapitalintensiven Anlagen gearbeitet wird.

Zum zweiten kann bei betrieblicher Notwendigkeit (Termindruck) für einzelne Mitarbeiter, Gruppen und ganze Abteilungen die Mindestanwesenheitszeit um eine halbe Stunde erweitert wer-

den und bis zu 40 Stunden angesammelt werden. 10-stündige tägliche Arbeitszeit und bis zu 40 zusätzliche Stunden im Monat sind dann keine Überstunden, sondern Gleitzeitgutschriften.

Zum dritten schließlich schreibt der neue Tarifvertrag vor, daß für alle über 20 Stunden pro Mitarbeiter im

Monat hinausgehenden Überstunden eine Betriebsvereinbarung abgeschlossen werden muß. Nicht so bei MBB Bremen: alle Überstunden, auch die über 20 hinausgehen, die vom Unternehmer und vom Betriebsrat unterschrieben werden, gelten als Betriebsvereinbarung im Sinne des Tarifvertrages.

Offener Brief der HDW-Frauen

An den Vorstand der HDW z. Hd. Herrn Wadler

Sehr geehrte Herren!

Als Frauen der Arbeiter von HDW haben wir erfahren, wie auf der Werft die 38,5-Stunden-Woche umgesetzt werden soll.

Der von Ihnen vorgelegte Entwurf zur Arbeitszeitregelung bedeutet für uns, daß unsere Männer kein geregeltes Leben mehr führen können.

Davon sind wir und unsere Kinder genauso betroffen. Durch eine solche unzumutbare Arbeitszeitregelung ist ein normales Familienleben mit Wochenende im Garten oder Sonntagsausflug nicht mehr möglich.

Wenn unsere Männer wieder samstags und nachts arbeiten müssen, sehen die Kinder ihre Väter kaum noch.

Es würde Ihnen kaum gefallen, wenn diese Regelung auch für Sie gelten würde.

Durch die unterschiedlichen Arbeitszeiten ist es auch nicht mehr möglich, daß Ehepaare gemeinsam zur Arbeit fahren können, auch Fahrgemeinschaften der Kollegen werden zerrissen.

Wir sind sowieso schon finanziell am meisten belastet. Erstaten Sie uns die erhöhten Fahrtkosten?

So können wir nur feststellen, daß die Arbeitszeitregelung — so wie Sie wollen — für uns ein teurer Spaß wird und eine Rücksichtslosigkeit gegenüber unserem Familienleben ist. So war die 38,5-Stunden-Woche nicht gemeint!

Es bleibt dabei: Arbeitszeitverkürzung soll mehr Zeit für Partner und Familie lassen.

Wir, die HDW-Frauen, sind empört über Ihre Vorschläge. Es darf keine Samstagsarbeit — keine zusätzlichen Schichten geben. Durch solche Regelung sind unserer Meinung nach neue Entlassungen vorprogrammiert.

Denken Sie bei Ihrem Vorgehen auch an die Frauen der HDW-Kollegen und an die Kinder. Wir nehmen das nicht hin! „Samstags gehört Vati uns“

HDW-Frauen

Das Rentensystem wankt — wie sieht es eigentlich aus? (Teil II)

Will Blüm das „Schweizer Modell“?

Ein Grundpfeiler sozialer Sicherung soll geschleift werden

Im ersten Teil dieses zweiteiligen Artikels (RM 9/85) hatten wir die geschichtliche Entwicklung und die Organisation des Rentensystems der BRD dargestellt, sowie die zahlreichen politischen Auseinandersetzungen, die darum stattgefunden haben. Im abschließenden Teil geht es um die aktuelle Lage, die verschiedenen politischen Konzeptionen, die heute vorgestellt werden und die Tendenz der von Blüm angekündigten Gegenreform.

Die Lage aktuell

„Das Nettoeinkommen-Niveau — d.h. der Anteil der Rente am Nettoarbeitseinkommen eines Aktiven — beträgt rund 65 Prozent nach 40 und rund 73 Prozent nach 45 Versicherungsjahren. Das ist trotz der Konsolidierungsmaßnahmen der letzten Jahre ein Stand, wie er mit Ausnahme des Jahres 1977 nie erreicht wurde.“ (6)

Also, trotz allem, alles in Butter für die Rentner? Zwei Tricks sind es, auf die bei dieser Argumentation der Vertreter der Bundesregierung hingewiesen werden muß. Zum ersten wird verschwiegen, daß Nettoeinkommen aktiver Arbeiter durch wachsende Abgabenbelastung auch sinken. Zum zweiten: Männer haben im Durchschnitt 37 bis 38 Jahre, Frauen 23 bis 27 Jahre Beiträge bezahlt (oder Ersatzzeiten).

Die Einnahmen der Rentenkasse bestehen zu etwa 80 Prozent aus den Beiträgen (wobei hier die vollen Prozentsätze zu rechnen sind, da der sogenannte Arbeitgeberanteil selbst in den betriebswirtschaftlichen Rechnungen der Kapitalisten als Lohnanteil ausgewiesen wird) und zu rund 20 Prozent aus staatlichen Zuschüssen.

Gegen Ende letzten Jahres war die Situation so zugespitzt, daß die gesetzlich vorgeschriebene Mindestreserve nicht mehr ohne kurzfristige Kredite garantiert werden konnte.

Da der entscheidende Pfeiler der Einnahmen der Kassen die Beiträge sind, ist schnell deutlich, wie sehr die Lage der Kasse von der Beschäftigung abhängig ist. Zwar werden auch für Arbeitslose von der BfA seit dem 21. RAG Beiträge bezahlt, aber nur auf das Arbeitslosengeld bezogen. Vor Jahren galt die Faustregel, daß je 100 000 Arbeitslose trotz BfA-Zahlung eine Mindereinnahme der Rentenversicherung von ca. 250 Millionen im Jahr entstünde. Diese Zahl dürfte sich mit wachsenden Beitragssätzen und sinkendem Arbeitslosengeld eher vergrößern.

So sind die Einnahmen der Arbeiterrentenversicherung aus Beiträgen von 1981 auf 1983 von 61,6 auf 59,7 Mrd Mark (gerundet) abgesunken, der Bundeszuschuß wurde von 14,8 auf 18,2 Mrd Mark erhöht. Die Ausgaben der Arbeiterrentenversicherung stiegen im selben Zeitraum von 68,7 auf 75 Mrd Mark. Trotz dieser bereits bis dahin stattgefundenen Entwicklung war es, im Gegensatz zu 1984, noch möglich die gesetzlich vorgeschriebenen Mindestreserven zu halten. Insgesamt verzeichneten die Rentenkassen der Arbeiter und Angestellten 1983 ein Minus von rund 4,8 Mrd Mark (nach Vollzug der verschiedenen Finanzausgleiche). (8) Von einer gesicherten Lage konnte also bereits 1983 nicht mehr geredet werden, erst recht nicht 1984, wie es die Bundesregierung — wider besse-

res Wissen — fortgesetzt tat.

Bisher hat die Wenderegierung im wesentlichen „klassisch“ reagiert: Umschichtungen innerhalb der verschiedenen Zweige der Sozialversicherung (im wesentlichen zugunsten der Arbeitslosenversicherung, zugunsten der Krankenversicherung) die für die Rentner eine deutliche reale Einkommenskürzung darstellten. Erhöhung der Beiträge in schnell aufeinanderfolgenden Schritten, gegenwärtig auf 19,2 Prozent. Einschränkung des Rentenzugangs vor allem bei Erwerbs- und Berufsunfähigkeitsrenten.

Die Altersrente		
Von welchem Alter an?	Für wen?	Unter welchen Voraussetzungen?
„Normale“ Altersrente 65	Alle Versicherten	5 Jahre Wartezeit (Beitrags- und Ersatzjahre, Zeiten aus Versorgungsausgleich)
„Flexible“ Altersrente 63 60	Alle Versicherten Schwerbehinderte, Berufs- und Erwerbsunfähige	35 Jahre besondere Wartezeit (davon mindestens 15 Beitrags- und Ersatzjahre und Zeiten aus Versorgungsausgleich; zusätzlich Ausfallzeiten und Zurechnungszeiten)
„Vorzeitige“ Altersrente 60 60	Frauen Arbeitslose	15 Jahre Wartezeit, 121 Pflichtbeiträge in den letzten 20 Jahren Innerhalb der letzten 1½ Jahre 1 Jahr arbeitslos, 15 Jahre Wartezeit, 96 Pflichtbeiträge in den letzten 10 Jahren

Die öffentlichen Überlegungen Blüms und der Koalitionsparteien zielen augenblicklich darauf ab, die bruttolohnbezogene Rente endgültig abzuschaffen.

Nettolohnbezogene Renten — ein Ausweg?

Die Absicht, die dahinter steht, ist klar: Nettolöhne werden sich bei steigender Abgabenbelastung immer weiter nach unten vom Bruttolohn unterscheiden, also sollen auf diesem Wege niedrigere Renten erreicht werden. Daß die unmittelbaren Absichten der Wendeparteien dahin gehen, liegt auf der Hand.

Dies beweisen nicht nur Blüms verschiedene politische Aussagen der letzten Zeit (von denen ein Aufsatz im „Spiegel“ 8/85 eine Art populäre Zusammenfassung darstellt) im allgemeinen, sondern auch die Frontstellung gegen andere, im wesentlichen von Teilen der SPD eingebrachte Alternativen.

„Aus diesem Dilemma durch die Einführung eines Maschinenbeitrags auszusteiigen hätte zur Folge, daß die Lohnbezogenheit der Rente abgebaut wird. Die Abhängigkeit vom Lohn jedoch ist die Voraussetzung daß die Rente leistungsbezogen bleibt. Mehr Beitrag — mehr Rente, dieser Grundsatz bewahrt die Rentner vor der Rolle des Fürsorgeempfängers.“ (9)

Die Frontstellung insbesondere gegen den „Maschinenbeitrag“ rührt daher, daß dies ein Schritt in der Richtung der Belastung der Un-

ternehmer mit Abgaben zur Sozialversicherung wäre, die kein Lohnbestandteil sind. Da gibt es noch andere Möglichkeiten — und die SPD-Bundestagsfraktion wollte nicht einmal diesen „Maschinenbeitrag“ in ihren Entwurf eines Gesetzes zur Rentenreform aufnehmen — aber dies ist zunächst einmal die öffentlich am weitesten verbreitete.

Der vorgeschlagene Weg, das System des Bezugs auf den Bruttolohn umzustellen zum Bezug auf den Nettolohn geschieht in der Absicht, die Ausgaben der Rentenversicherung zu kürzen, sprich die Renten zu kürzen. Mit diesem Schritt würden die Renten einerseits der Steuerpolitik unterworfen, andererseits auch der Manipulation mit Steuer (nach welcher Steuervergünstigung oder Rückzahlung ist „netto“?)

Die Wahrscheinlichkeit, daß eine solche Umstellung eine Rentenkürzung mit sich bringen würde ist dermaßen groß, daß man von ihr als Tatsache ausgehen kann. Die vielge-

priesenen „Steuerentlastungen“ ändern daran wenig zumal sie ja auch „leistungsfördernd“ sein sollen — das heißt hauptsächlich anderen zugute kommen sollen als Beziehern von Lohn und Gehalt.

Aber selbst bei einer Kürzung, die in der Summe Milliardenbeiträge bedeuten würde: Bei Fortexistenz eines regelrechten Millionenheeres von Arbeitslosen, unter Berücksichtigung der abzusehenden Altersentwicklung würde dies nicht ausreichen, die Rentenkassen zu sanieren. Sie würde lediglich zu einer weiteren Verschlechterung gerade für jenen Teil der Rentner bedeuten, die am unteren Ende der Bezugsskala liegen.

So legt Blüms Argumentation im „Spiegel“-Aufsatz auch den Grundstein für eine noch ganz andere Gegenreform.

„Wer die Sozialversicherung leistungsorientiert und -fähig halten will, muß das Äquivalenzprinzip, „Leistung für Beitrag“ stärken und das Prinzip „Fürsorge“ in der Sozialversicherung zurückdrängen.“ (10)

Nun haben selbst die wenigen Tatsachen, die in diesem Artikel angeführt wurden, wohl deutlich gemacht, daß ein wirksames Fürsorgeprinzip in der Tat in der bundesdeutschen Sozialversicherung ausgesprochen wenig entwickelt ist, daß gerade bei den Renten eine Grundsicherung stets vermieden wurde (im Gegensatz zu den Pensionen). Die denkbar naheliegendste weitergehende Gegenreform nach der Nettolohnbezogenheit ist das sogenannte Schweizer Modell, das

die FDP bereits auf ihrem Bremer Parteitag 1978 in die Debatte brachte und das in der NRW-CDU von Biedenkopf aufgegriffen worden war. Dieses Modell besagt, daß über die Beiträge die Rentenkasse einen Grundbetrag auszahlt und daß jede weitere Versorgung über private Versicherung zu gehen hat — also genau die Forderungsrichtung, die wir eingangs bereits als die der Versicherungskonzerne dargestellt hatten. Das Modell einer Gegenreform, das den sozialdemokratischen „Sozialstaat“ endgültig aushebeln würde und die Rentenfrage direkt in die Hände des Großkapitals legen würde.

Wenn Blüm sagt, es gehe darum, das Prinzip „Leistung für Beitrag“ zu stärken, so ist festzuhalten, daß gerade ein solches Modell ausschließlich auf dieses Prinzip aufbaut — das „Schweizer Modell“ erfüllt diese Forderung maximal.

Vom Tisch sind damit alle Überlegungen zu einer Grundrente, zu einer besonderen Sicherung vor allem für Kleinrentner und Frauen. Und das sagt der Minister einer Regierung, die über 2 Mrd Mark aus dem Etat des Sozialministeriums für die „Altersversorgung“ von Offizieren (ab 45 Jahre) ausgibt. Mitglied einer Regierung also, die bereits kräftig an der Altersgeldumverteilung dreht.

Ohne Zweifel: Blüms Nahziel besteht in der Einführung der netto-lohnbezogenen Rente. Aber weder vom sachlichen Umfang her noch von der politischen Stoßrichtung mit der diese Maßnahme begründet wird, kann das das letzte Wort sein. Oder, wie Blüm selbst schreibt:

„Die Wende in der Sozialpolitik ist kein Salto mortale, aber eine langgezogene Kurve in ein neues Gleichgewicht.“

Aus „Spiegel“ 8/85 Auszüge aus dem Blüm-Aufsatz

Unter dem Titel „Vor der Müh-sal einer Schlankheitskur“ veröffentlichte Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) im „Spiegel“ 8/85 einen zweiseitigen Aufsatz in dem er seine aktuellen politischen Zielsetzungen darlegt. Daraus im folgenden einige Kernsätze.

(...) Es geht also in der Sozialversicherung nicht um Umverteilung zwischen reich und arm, sondern in erster Linie um Verstärkung von Lebens-einkommen. Deshalb muß Sozialversicherung lohnbezogen bleiben.

So weit, so gut. Das hört sich schön an, hat jedoch auch seinen Preis. Wer die Sozialversicherung leistungsorientiert und -fähig halten will, muß das Äquivalenzprinzip „Leistung für Beitrag“ stärken und das Prinzip „Fürsorge“ in der Sozialversicherung zurückdrängen. (...)

Wer von der Rentenversicherung die Lösung aller Armutsprobleme alter Menschen erwartet, tauscht ein Unrecht mit einem neuen: Wenn nämlich allgemeine soziale Aufgaben aus den Konten der Beitragszahler finanziert werden, müssen die niedrigen Einkommen dazu relativ stärker beitragen als bei der Finanzierung über Steuern, also über den Bundeshaushalt. Beiträge zahlen nämlich alle mit dem gleichen Prozentsatz, ob Hoch- oder Niedrigverdienende. Höherverdienende zahlen sogar nicht von ihrem ganzen Gehalt Beitrag, sondern nur von jenem Teil, der unterhalb der Beitragsbemessungsgrenze liegt.

Beitragsfinanzierte Rente: o.k. Beitragsfinanzierte Umverteilung aber vollzieht sich in entgegengesetzter Richtung, als ihre Propagandisten versprechen. Eine Mindestrente, die nicht auf Beitragszahlung basiert, aber von den Beitragszahlern finanziert wird, ist eine Subventionierung der Ärmern durch die „kleinen“ Beitragszahler. Prost!

Nicht alles, was sich sozial gebärdet, ist es auch. (...)

Die Sozialversicherung muß auch schlanker werden, wenn sie überleben will. Keine Rente wird gekürzt. Aber die Rentenversicherung kann nicht alles bezahlen, was so-

zial wichtig ist.

Die Sozialversicherung ist lohnbezogen. Arbeitgeber wie Arbeitnehmerbeitrag sind Lohnbestandteile, also ist der Sozialversicherungsbeitrag an Arbeitsplätze geknüpft. Wer jedoch immer mehr Soziallasten über die Arbeitsplätze finanzieren will, baut in die Sozialversicherung einen Rationalisierungsschub ein, der die Einnahmequelle der Sozialversicherung, nämlich die Arbeitsplätze, verschüttet. Die Sozialversicherung würde wie jener Bauer handeln, der zuerst die Kuh schlachtet, die er anschließend melken will.

Aus diesem Dilemma durch die Einführung eines Maschinenbeitrags auszusteigen hätte zur Folge, daß die Lohnbezogenheit der Rente abgebaut wird. Die Abhängigkeit vom Lohn jedoch ist die Voraussetzung, daß die Rente leistungsbezogen bleibt. Mehr Beitrag — mehr Rente, dieser Grundsatz bewahrt die Rentner vor der Rolle des Fürsorgeempfängers. (...)

Deshalb können die Renten in Zukunft nur so steigen wie die verfügbaren Einkommen der Arbeitnehmer. Wer diese Wahrheit den Rentnern verschweigt, behandelt sie wie Kleinkinder, denen mit Wiegeln die Furcht vertrieben wird. (...)

Wer den Absturz in der Rentenversicherung verhindern will, muß die Rentenversicherung sachte in eine neue Generationsbalance überführen.

Die Lasten des Bevölkerungsrückganges müssen auf alt und jung gleichmäßig verteilt werden. Dazu brauchen wir eine bevölkerungspolitische Formel in der Rentenversicherung, die den Rentenzuwachs verlangsamt, wenn die Beiträge steigen. Der Zuschuß des Staates muß in diesen Regelkreis eingebaut werden. Die Beitragserhöhungen sind dann in jenem Maße geringer, in dem die Rentensteigerungen niedriger sind. Das ist die neue Balance.

Die Wende in der Sozialpolitik ist kein Salto mortale, aber eine langgezogene Kurve in ein neues Gleichgewicht. Der schnurgerade Weg in der Fahrtrichtung des Gewohnten führt zum Abgrund. (...)

Brennpunkt Zentralamerika

Die US-Imperialisten ziehen alle politischen Register, über die sie verfügen, um ihren Plan durchzuführen, die revolutionäre Regierung Nicaraguas zu beseitigen.

Neben den Drohungen mit militärischem Eingreifen werden zur Zeit verschiedene Pläne zur massiven Unterstützung der Contra-Banden diskutiert. Sollte der US-Senat die Dollarhilfe für diese CIA-Hilfsgruppen nicht bewilligen, sollen „befreundete“ Staaten, wie etwa Taiwan, dieses schmutzige Geschäft übernehmen und abwickeln.

Darüberhinaus spricht man vom Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Washington und Managua — genug alte Somozisten, die sich als „Exilregierung“ anbieten würden, stehen in Miami/Florida „auf Abruf“.

Schon voll im Gange ist praktisch eine Wirtschaftsblockade, die imperialistische Umkreisung des kleinen freien Landes wird immer enger.

In dieser Situation entstehen auch im Inneren des Landes immer größere Probleme. Vierzig Prozent des Staatshaushalts gehen in die Verteidigung — für die vielen notwendigen Reformen und Verbesserungen des Lebens in Nicaragua, das ein schweres Erbe von der Diktatur Somozas übernommen hat — fehlt es an allen Ecken. Das gemischte Wirtschaftssystem, die freie Konkurrenz zwischen dem privatkapitalistischen Sektor und dem staatlichen, volkseigenen Sektor hat wegen dem verbreiteten Mangel an allen möglichen Gütern zu immensen Preissteigerungen und einem ausgedehnten Schwarzmarkt geführt. In dieser Situation — der imperialistischen Umklammerung und der schwierigen Wirtschaftslage — sind die Reformen des Wirtschaftssystems in Nicaragua von besonderer Bedeutung.

Zur Kritik der Wirtschaftsreformen in Nicaragua

Der Rote Morgen berichtete schon über die neuen ökonomischen Maßnahmen (RM Nr. 8/85 S. 11 und Nr. 9/85 S. 9). Jetzt liegt uns eine ausführliche Stellungnahme der marxistisch-leninistischen Bewegung der Volksaktion (MAP-ML) vor. Die Parlamentsfraktion der MAP-ML kritisiert hauptsächlich zwei Punkte. Zum einen die ungenügende Diskussion des Gesetzes innerhalb der Massen und das Durchpeitschen im Parlament. Die MAP-ML ist bislang die einzige Organisation in Nicaragua, die in einem Flugblatt den gesamten Gesetzestext in hoher Auflage veröffentlicht hat. In der Presseerklärung der MAP-ML, die wir auf dieser Seite wiedergeben, wird auch die parlamentarische Diskussion kritisiert, die die Mehrheit der Sandinisten der FSLN unzulänglich führte.

In der Stellungnahme der MAP-ML zum Gesetz selbst wird deutlich, daß die Marxisten-Leninisten Nicaraguas vor allem eine automatische Angleichung der Löhne an die galoppierende Inflation fordern. Der Abbau der Staatssubventionen für verschiedene Grundnahrungsmittel und andere Bereiche, wie den öffentlichen Nahverkehr wird durch die jetzt angeordnete Lohnerhöhung nicht einmal ausgeglichen. Bei dem weitverbreiteten Mangel, dem geringen Angebot bei der großen Nachfrage werden die Preise weiterhin steigen. Die MAP-ML fordert eine grundsätzliche Wende in der Wirtschaftspolitik der Regierung, die sie in der Forderung zusammenfaßt: **Die großen Privatunternehmer sollen die Krise bezahlen.**

Die komplette Stellungnahme der MAP-ML und eine Kopie des Flugblattes mit dem gesamten Gesetzestext kann bei uns in spanischer Sprache als Kopie angefordert werden. Die Vorlagen sind allerdings nicht besonders gut gedruckt und etwas schwer zu entziffern. Also: mehr etwas für „Experten“. Bei Anforderung bitte 2,- DM für Kopien und Rückporto beilegen.

SPENDENAUFTRUF

SOLIDARITÄT MIT NICARAGUA

Keine Unterstützung für die Bourgeoisie Kugeln für den Imperialismus!

„Wir rechnen mit einer Intervention von Seiten des US-Imperialismus, die Gefahr ist real, aber es gibt verschiedene Möglichkeiten, Formen der Aggression. Wir unterstützen mit allen Mitteln, in die Kampagne zur Verteidigung Nicaraguas. Wir rufen auf, die Milizen zu stärken, in die Kämpfe zu gehen“, sagte ein Vertreter der MAP-ML (Movimiento de Acción Popular — Marxistisch-Leninistisch) knapp 14 Tage nach den Wahlen in Nicaragua. Daß das keine leeren Phrasen sind, wissen die Nicaraguaner, die mitgekämpft haben gegen Somoza, aus eigener Erfahrung. Die MAP-ML führte nämlich zu Somozas Zeiten eigene kampfstarke bewaffnete Einheiten, die antisomozistischen Volksmilizen (MILPAS).

Die drei links von den Sandinisten kandidierenden Parteien erhielten bei der Wahl zusammen 3,8 Prozent, davon die MAP-ML etwa ein Drittel. Ihre Voraussetzungen waren die schlechtesten, war sie doch erst im Sommer mit der Aufnahme in den Nationalrat wieder als politische Partei anerkannt worden. Die MAP-ML versteht sich als revolutionäre Arbeiterpartei — genießt auch unter den Arbeitern hohes Ansehen. Einer ihrer beiden neuen Abgeordneten ist der Arbeiterführer Isidro Téllez. Weil sie für eine Herausbildung der Interessen der Arbeiter ist und dafür eintritt, den Einfluß der Bourgeoisie zurückzudrängen, hat die MAP-ML lange Zeit Schwierigkeiten auch mit den Sandinisten gehabt. Sie wird sich auch weiterhin z. B. nicht mit der „gemischten Wirtschaftsform“ zufrieden geben, in der die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen festgeschrieben wird. Unbequem sein, revolutionär, sozialistisch, kommunistisch denken und handeln ist auch in solch einem reaktionären Land wie Nicaragua kein Zuckerschlecken.

Aktuell haben es bei der MAP-ML in der Druckerei: Ersatzteile für Druckmaschinen, fehlende Fotomaterialien, Druckfarben, Druckplatten etc. sind aufgrund der angespannten Lage im Land rationiert.

Als Ausdruck unserer praktischen Solidarität mit dem Kampf der nicaraguanischen Genossen der MAP-ML haben wir eine Spendenkampagne beschlossen: 5000 Mark für die revolutionäre Presse und Propaganda der MAP-ML.

Spenden auf das Postfach 134 56-464, KJD, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30, Stichwort „revolutionäre Presse“.

— Pressecommuniqué —

Über die Haltung der MAP-ML in der Diskussion über das „Gesetz zur Regelung der Lohnstrukturen“

Aufgrund der andauernden Manipulation der Zeitungen „Barricada“ und „El nuevo Diario“ sowie der Klassenpolitik von „La Prensa“, die alle unserem Volk die wahre Haltung unserer Partei verschweigen vor allem in Bezug auf die Diskussion um das „Regelungsgesetz“ wenden wir uns auf diesem Weg an die Presse und das Volk und teilen folgendes mit:

1. Unsere Partei befand sich in völliger Opposition zum Gesetzentwurf der Exekutive mit dem Namen „Gesetz zur Regelung der Lohnbeziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern“, der am Morgen des 7. Februar als „Gesetz

zur Regelung der Lohnstrukturen“ verabschiedet wurde. Unsere parlamentarische Vertretung bezeichnete das Gesetz als gegen die Arbeiter gerichtet, schädlich für die Interessen der Werktätigen, einseitig zugunsten der Unternehmer und der Bürokratie, mangelhaft und oberflächlich. Unsere Partei trat dafür ein, daß der Entwurf in einer Kommission überarbeitet werden sollte und nicht wie von der Präsidentschaft vorgelegt verabschiedet werden sollte. Angesichts der überwältigenden Anwesenheit des Sandinismus in der Versammlung begründete unsere Partei ihre negative Abstimmung — eine Be-

gründung, die am Ende der Versammlung durch einen Willkürakt der Präsidentschaft nur als Zusammenfassung in die Öffentlichkeit gegeben wurde. Um den Werktätigen die Möglichkeit zu geben, den ganzen Text unserer Begründung kennenzulernen übergeben wir ihn hiermit der Öffentlichkeit.

2. Die MAP-ML hat sich nicht mit den Parteien der Rechten und der Revisionisten zusammen aus der Sitzung zurückgezogen, da unsere Vertretung meinte, es sei nötig, bis zuletzt für die Positionen unserer Partei bezüglich dieses Gesetzes zu kämpfen und weil der Rückzug dieser Partei-

en Teil eines demagogischen und opportunistischen Plans war. (...) Wir äußerten eine heftige Kritik an der Form, in der die sandinistische Fraktion die parlamentarischen Normen, die sie doch selbst durchsetzen will, mißachtete.

3. Wir werden unter den Arbeitern und im Volk die Lösung des Kampfes gegen die Bestimmungen dieses Gesetzes erheben wie auch gegen alle politischen Entscheidungen, die im Sinne der Politik des IWF (Internationaler Währungsfonds) von der sandinistischen Regierung immer deutlicher gefällt werden.

FÜR DIE AUTOMATISCHE ANPASSUNG DER LÖHNE AN DIE INFLATION! DIE GROSSEN UNTERNEHMER SOLLEN DIE KRISE BEZAHLEN!

Text zur Begründung der Ablehnung durch die MAP-ML

Über den Entwurf „Gesetz zur Regelung der Lohnbeziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern“

Die MAP-ML lehnt den von der Präsidentschaft vorgelegten Entwurf insgesamt aus folgenden Gründen ab:

1. Weiterhin werden Gesetze wie das zur Amnestie für Konterrevolutionäre und der vorgelegte Entwurf zur Verabschiedung vorgelegt, bevor die Volksvertretung ihre Statuten und Geschäftsordnungen beschlossen hat. Die Versammlung hat bisher ihre grundlegende Funktion nicht definiert, weder den Gang von Gesetzesberatungen beschlossen noch die Rolle der Exekutive geklärt. Sie arbeitet bisher auf den Regelungen des Staatsrates, der ein völlig unterschiedliches Organ zur Versammlung ist. Die Nationalversammlung besteht, im Gegensatz zum Staatsrat, aus vom Volk frei gewählten Vertretern. Deswegen ist es um so dringlicher, daß die damit beauftragte Kommission intensiv daran arbeitet, Statut und Geschäftsordnung auszuarbeiten. So wenig wie so ein Zustand hingenommen werden kann, kann auf der anderen Seite geduldet werden, daß unter dem Vorwand der Dringlichkeit Gesetze außerhalb der Normen der Nationalversammlung verabschiedet werden. Deswegen fordern wir, daß der Entwurf an eine Kommission übergeben wird oder solange zurückgestellt, bis die Versammlung Statut und Geschäftsordnung angenommen hat.

2. Darüber hinaus haben die Präsidentschaft und die leitende Junta der Versammlung auch noch die angewandten Regeln des Staatsrats mißachtet, in dem beispielsweise keine Tagesordnung für die einberufenen Sitzungen bekannt gemacht wurde; indem die Vorentwürfe den Abgeordneten ebenso vorenthalten wurden



Grafik der MAP-ML: Die großen Privatunternehmer sollen die Krise bezahlen

wie dazu gehörende staatliche Informationen; (...)

3. Die Absicht, die Lohnbeziehungen zu regeln, ist nur Teil einer übergreifenden Reihe wirtschaftlicher und finanzieller Maßnahmen, die die Regierung für ihre Arbeit 85 geplant hat. Dieses Maßnahmenpaket umfaßt Kürzungen im Brennstoffbereich, Tarifierhöhungen im öffentlichen Dienst, Abschaffung der Unterstützung für Verbraucher, Kürzungen sozialer Dienste, usw. Deswegen ist es wichtig, das ganze Paket der Neuerungen der Regierung gut zu kennen, um eine besondere einzelne Maßnahme ernsthaft einschätzen zu können. (...) Aus all diesen Gründen meinen wir, daß ein so weitreichendes Projekt nicht auf die Schnelle angenommen werden kann, so wie es von der Regierung vorgelegt wurde.

4. Der Gesetzentwurf wurde weder vorher von den Werktätigen diskutiert, noch kennen sie den Zusammenhang der Regierungspläne. Die Geschwindigkeit, mit der der Entwurf vorgelegt wird, kann nur dazu dienen, sie in Unkenntnis zu lassen, die

entscheidende Beteiligung des Volkes zu vermeiden und den Zusammenhang zwischen der Nationalversammlung und dieser Beteiligung aufzutrennen. Deswegen sind wir dagegen, daß das Gesetz in dieser Sitzung verabschiedet wird.

5. Wenn die Abgeordneten der Nationalversammlung ihre Ehrlichkeit und Ernsthaftigkeit beweisen, können sie gar nicht anders, als zu sagen, daß sie die heutigen Lebenshaltungskosten nicht exakt kennen und demzufolge auch nicht ihr Verhältnis zu den heutigen Löhnen noch zu den neuen, die im Entwurf vorgeschlagen werden. Dabei ist es leicht, zu schlußfolgern, daß die vorgeschlagene Erhöhung unter der Preissteigerungsrate liegt — nicht nur jetzt, sondern erst recht wenn die Unterstützung für die Verbraucher aufgehoben wird. Nach der Tabelle von MICOIN (Innenministerium) benötigt eine 6köpfige Familie allein für Essen 4.500 Cordobas im Monat. Die vorgeschlagene Erhöhung gleicht nicht einmal diese Teuerung

aus, obwohl bekannt ist, daß die Statistiken von MICOIN noch nicht einmal die Preise in den staatlichen Märkten richtig wiedergeben, geschweige denn die im Mercado Oriental. (Der berühmte Schwarzhandel von Managua, RM).

6. Da die Regierung sich weiterhin als unfähig erweist, die Preise und die Teuerung zu kontrollieren, ist es nötig, ein System der automatischen Angleichung der Löhne entsprechend der Inflation einzurichten. Dieses Kriterium wird vom vorgelegten Entwurf nicht beachtet, das so in Wirklichkeit die Einkommen der Werktätigen einfrieren soll, und das möglicherweise für über ein Jahr. Deswegen schlagen wir vor, den vorgelegten Entwurf abzulehnen und stattdessen durch die Versammlung selbst einen eigenen Entwurf auszuarbeiten, der die genannten Tatsachen berücksichtigt.

7. Die Politik der freien Preise, die die Regierung nun einführen will, wird die Volkswirtschaft ernsthaft durcheinanderbringen. Als Ergänzung der Politik der freien Marktkräfte, des Regels nach Angebot und Nachfrage sollen die Gehälter eingefroren werden, so daß die einzige Ware in Nicaragua, die einen festen Preis haben wird, die Arbeitskraft sein wird, während die anderen steigen werden. Aus diesen und weiteren Überlegungen lehnt die MAP-ML eine Verabschiedung dieses Gesetzentwurfs ab. Wir sind mit der Klassenpolitik, die damit ausgedrückt wird, die den Interessen der Arbeiterklasse schadet, nicht einverstanden. (...)

Die Abgeordneten der MAP-ML in der Nationalversammlung

Neuseeland atomwaffenfrei

Streit im ANZUS-Pakt

Im pazifischen Militärpakt ANZUS ist Streit ausgebrochen. Der ANZUS-Pakt (der Name bildet sich aus den Anfangsbuchstaben der beteiligten Staaten: A ustralien, N euseeland, U nited S taates) galt bisher als sicherer, ruhiger Bereich der westlich-imperialistischen Bündnisse. Die Regierung Neuseelands brachte jetzt Unruhe ins Bündnis.

Der Pazifik ist ein hochmilitarisiertes Raum. Allein die USA haben zwischen Hawaii, den Philippinen und Neuseeland 160 Militärstützpunkte. Stützpunkte für die US-Flotte, Flughäfen, Radar- und Überwachungsstationen, Versorgungsdepots und Teststrecken für Raketenprobungsflüge. Fast alle pazifischen Staaten sind irgendwie mit der gigantischen US-Kriegsmaschinerie verbunden.

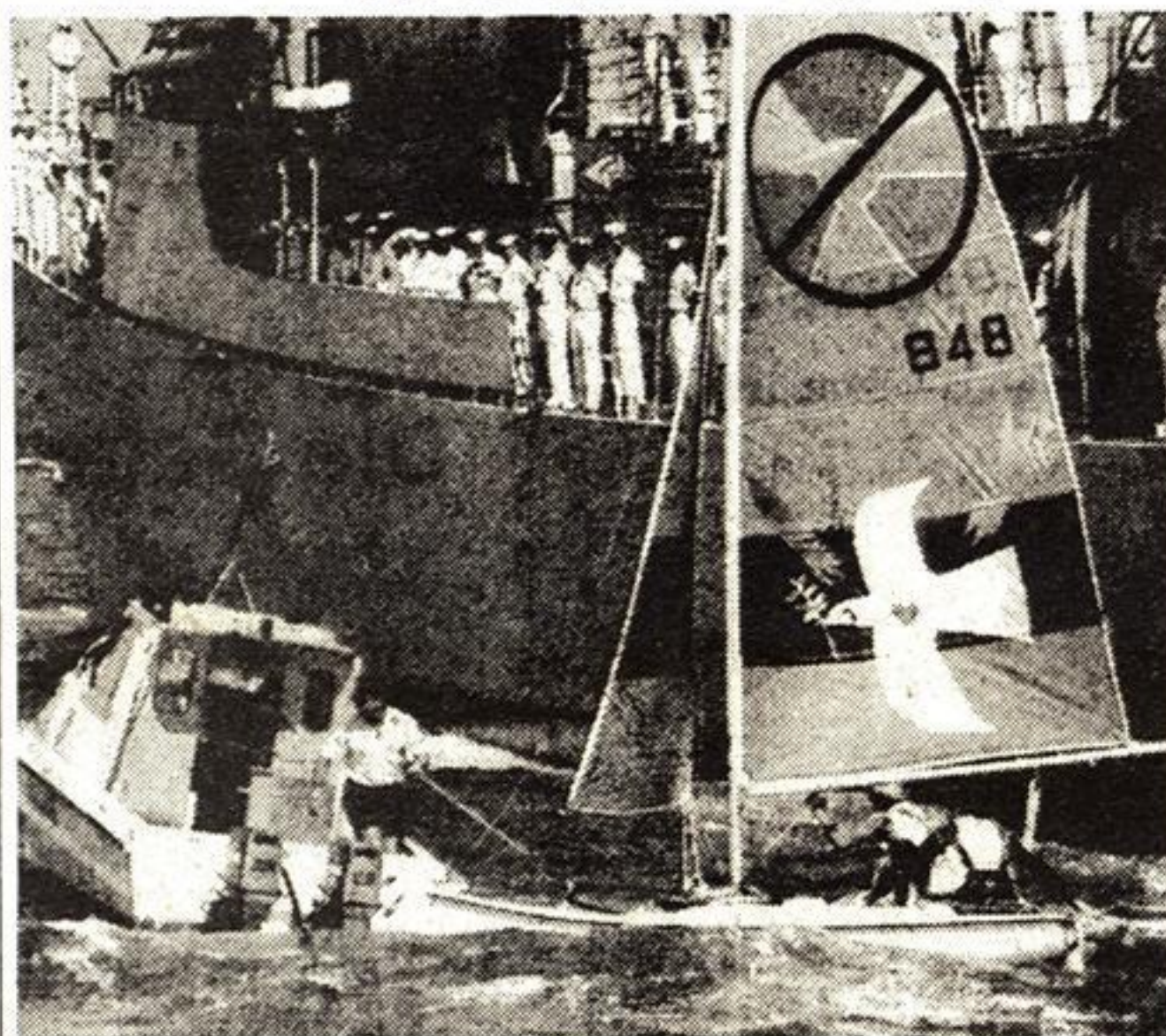
Der neuseeländische sozialdemokratische Premierminister David Lange unternahm nun etwas, was der US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger einen „ersten Angriff auf die Allianz“, den ANZUS-Pakt, nannte. Neuseeland hat US-amerikanischen Kriegsschiffen mit Atombewaffnung verboten, neuseeländische Häfen anzulaufen. David Lange begründete diesen Beschluß so: „Wir Neuseeländer dachten früher immer, wir könnten die Hände im Schoß falten, während der Rest der Welt sich selbst zerstört, aber inzwischen wissen wir: Wenn der nukleare Winter ausbricht, gehen wir ebenso drauf wie sie alle.“ Die neuseeländische Regierung verbot Anfang Februar dann dem US-Zerstörer „Buchanan“ neuseeländische Häfen anzulaufen, weil die Regierung in Washington nicht angeben wollte, ob das Schiff atomgetrieben oder gar atomar bewaffnet sei. Die USA reagierten hart auf die neuseeländischen Verbote. Sechs ANZUS-Manöver wurden abgesagt, Neu-

seeland erhält von den USA keine militärischen Geheimdienstinformationen mehr und einige Kongreßabgeordnete drohen sogar mit einem Handelskrieg gegen Neuseeland.

Die abgesagten Manöver sollen jetzt demonstrativ von den USA zusammen mit australischen Einheiten abgehalten werden. Aber Australien, der bisherige Musterknabe im ANZUS-Pakt, macht den USA auch zunehmend Schwierigkeiten. Unter dem Druck einer mächtig

anwachsenden Friedensbewegung steht der australische Labour-Premierminister Bob Hawke. Er versucht zwar im Konflikt zwischen den USA und Neuseeland zu vermitteln, hat aber auch den US-Militärs eine früher gemachte Zusage aufgekündigt: so dürfen US-Flugzeuge nun doch nicht auf australischen Flughäfen landen, um Flugversuche ihrer MX-Raketen in der pazifischen Tasman-See vor Australien zu beobachten. Australische Atomwaffengeegner versuchen indes in der vorigen Woche den US-Zerstörer „Buchanan“, der in Neuseeland nicht einlaufen durfte, im Hafen von Sydney mit Segelschiffen am Einlaufen zu hindern. Die einseitige Absage des Außenministertref-

fens der ANZUS-Staaten durch Australien ist eine weitere Schwächung, praktisch schon die Auflösung des Militärpakts. Bewahrheitete sich diese Einschätzung so wäre die Politik Neuseelands ein kleiner Schritt in dieser Region gegen ihre Einbindung in die Kriegsmaschinerie der USA. Denn schon werden Befürchtungen laut, das Beispiel von Neuseeland könnte Schule machen. „Die politischen Führer von Inseln wie Fidji, Tonga und Westsamo betrachten Neuseeland als ihren großen Bruder“, so zitierte der „Spiegel“ 11/85 einen US-Politiker, „wenn dort ein Flickenteppich von atomwaffenfreien Zonen entsteht, könnten die US-Schiffe sich nicht mehr in der Gegend bewegen.“



Australische Atomwaffengeegner versuchen den US-Zerstörer „Buchanan“ am Einlaufen in Sydney zu hindern.

Korrespondenz

Reagans Contra überfällt zwei deutsche Frauen in Nicaragua

Ich bitte, die folgenden Informationen zu veröffentlichen, die bei mir eine große Wut ausgelöst haben.

Am 2. Februar 1985 wurden zwei Frauen aus der Bundesrepublik von Reagans Contra in Nicaragua überfallen. Die „taz“ veröffentlichte am 6.2.85 eine dpa-Meldung, in der es heißt:

„Zwei Frauen aus der Bundesrepublik sind am Wochenende im Norden Nicaraguas entführt und vergewaltigt worden. Nach einem mehrstündigen Verhör wurden sie wieder freigelassen. Es geht ihnen den Umständen entsprechend gut, und sie haben angekündigt, ihre Tätigkeit im Rahmen der internationalistischen Arbeitsbrigaden fortsetzen zu wollen.“

Die beiden Frauen (...) hatten in Jinotega einen Krankenbesuch gemacht und waren auf der Rückkehr zu ihrem Einsatzort 225 Kilometer nördlich von Managua, wo sie an einem Hausbauprojekt arbeiten. Bauern, die vor der antisandinistischen Guerilla aus dem Grenzgebiet zu Honduras geflohen waren, sollen dort eine neue Bleibe finden. In einem kleinen Ort wurde der Lieferwagen, in dem die Frauen ohne militärische Begleitung unterwegs waren, von Soldaten der Contra angehalten, die beiden Frauen wurden unter Waffengewalt zum Mitkommen gezwungen. Sie wurden mehrere Stunden lang über ihre Tätigkeit im Rahmen der Arbeitsbrigaden verhört. Mit dem Hinweis, sie sollten sich „verziehen“ wurden sie schließlich, nachdem sie vergewaltigt worden waren, wieder freigelassen.

Offizielle Stellen in Managua machten die Contra-Organisation FDN für den Überfall verantwortlich.

In einem veröffentlichten Kommuniqué bundesdeut-

scher Brigadisten in Nicaragua zum Überfall heißt es:

„Der Chef der Bande bezeichnete sich selbst als Commandante Rodriguez und Offizier der sogenannten „Fuerzas Democraticas de Nicaragua (FDN), prahlte mit seiner sechsmonatigen Ausbildung in den USA und sprach davon, daß er erst vor kurzem aus Honduras nach Nicaragua gekommen sei.“ [taz 7.2.85]

Noch prahlt dieser Contra-Terrorist, noch prahlt Reagan und nennt die Killer und Vergewaltiger „Freiheitskämpfer“, noch strahlt Kohl...

Aber immer mehr Bauern in Mittelamerika und immer mehr Arbeiter in Europa und Nordamerika, wissen, was die Contra-Organisation FDN, was Reagan und Kohl unter „Frieden“ und „Freiheit“ verstehen: Freiheit für die Reichen, für die Monopole. Friedhofsrieden wie in Chile oder Türkei. Aber die Arbeiter werden sich wehren, und auch die Bauern in Afghanistan werden lernen, daß nicht nur die Sowjetunion zu ihren Feinden zählt sondern auch der sog. freie Westen, der die afghanischen Bauern für seine Kriegsziele einspannen will.



RM-Taschenbuch, 190 Seiten, viele Bilder; Preis 11,80 DM; Verlag Roter Morgen Postfach 300526 4600 Dortmund 30

Stichwort: Hunger

Das Geschäft mit dem Gift

Pflanzenschutzmittel und Insektenvertilgungsmittel werden in enormen Mengen in viele arme Länder exportiert, oder zum Teil schon dort produziert. Diese sogenannten Pestizide sind für Chemiemultis ein ungeheures Geschäft. Zunehmender öffentlicher Kritik an diesem Giftexport, an der massenhaften Anwendung dieser zum Teil hochgiftigen Stoffe, begegnen die Manager und Sprecher der Konzerne gerne mit dem Argument, daß eine noch größere Hungerkatastrophe drohe, würde man in diesen Ländern nicht den „Segen“ der Chemie einsetzen.

Der „Segen“ ist aber nur ein Segen für die Konzerne. Für Bayer, den größten westdeutschen in dieser Gesellschaft, für Shell, den schweizer Chemie-Giganten Ciba Geigy oder die us-amerikanische DOW-Gesellschaft.

1980 betrug der Umsatz

von Pestiziden weltweit 12 Milliarden Dollar. Die Prognosen sagen für 1990 einen Umsatz von 50 Milliarden Dollar voraus. Die zwölf größten Konzerne der Branche teilen sich 70 Prozent dieses Umsatzes und die Konzentration nimmt weiter zu.

Die Entschuldigung der Giftlieferanten, sie täten Gutes, um eine noch größere Hungerkatastrophe zu verhindern ist erlogen. Denn mit der Ernährung der Bevölkerung in den Hungerländern haben die Aktivitäten der Chemiekonzerne wenig zu tun. Ein Experte schrieb dazu: „Eine umfassende Anwendung von Bekämpfungsmitteln kommt bei Dutzendware normalerweise nicht vor, also bei den Lebensmitteln für die lokale Bevölkerung. Der Grund dafür ist, daß auch bei wesentlicher Steigerung der Ernteerträge von Lebensmitteln die investierten Kosten dem Wert der zusätzlich erzielten Menge nicht entsprechen. Bei Exportgütern — Cashcrops — wie beispielsweise Kaffee, Tee, Bananen, können dagegen intensive Spritzprogramme Ertragssteigerungen von eins zu zehn bringen.“ So kommt es, daß sich achtzig Prozent der auf der Welt verbrauchten Mittel auf nur sie-

ben Arten von Kulturpflanzen verteilen. Das sind Obst und Gemüse, einschließlich Wein, dann Mais, Baumwolle, Reis, Sojabohnen, Weizen und Zuckerrüben. Wie der Einsatz dieser Mittel abläuft, soll ein typisches Beispiel aus der exportorientierten, großflächigen Landwirtschaft zeigen.

Gezira ist die größte Baumwollfarm der Welt. Das 850000 Hektar große Gebiet liegt im Sudan. Seit Jahren schon wird hier mit enormen Mengen Pestiziden gearbeitet. Jahrelang war Gezira eine Domäne des Schweizer Konzerns Ciba-Geigy. Bis 1981 gab es ein 800 Quadratkilometer großes „Ciba-Geigy-Territorium“. Hier hatte Ciba-Geigy das Monopol auf jede Art von Insektenbekämpfung auf den Baumwollfeldern. Bis 1981! Weil sich dann herausstellte, daß die Schädlinge, bei Baumwolle vor allem die „Weiße Fliege“ gegen die Mittel der Ciba-Geigy immun geworden waren, und nicht nur überlebten sondern sich enorm vermehrten. Für den Sudan sind die Exporterlöse aus den Baumwollplantagen die wichtigsten Devisenbringer — die Leitung der Baumwollfarm schrieb einen Wettbewerb aus. An der „Giftolympiade von Gezira“ beteiligten sich viele internationale Konzerne, eine internationale Luft-

flotte war am Start, als man 39 verschiedene Pestizide an ausgesuchten Testfeldern versprühte, um die Wirkung zu überprüfen. Immerhin ist der Bedarf der Baumwollfarm enorm groß, bei drei Ernten im Jahr ist es mittlerweile nötig, sieben- bis neunmal zu spritzen. Früher genügte einmal pro Erntezeit. „Sudan Gezira Board“, die Leitung der Farm gibt mittlerweile mehr Geld für die Insektizide aus als die Ernte kostet. Dieses Riesengeschäft lassen sich die Konzerne nicht so einfach entgehen. Von Shell bis DOW-Chemicals waren sie alle vertreten, dazu Flugteams aus vielen Ländern. Für die Schädlingsbekämpfungskampagne des Jahres 1981/82 kauft das Gezira Board über dreieinhalb Millionen Liter konzentriertes Insektengift, das versprüht werden soll. Darüber hinaus noch 150000 kg des gefährlichen Giftes Aldicarb oder auch Temik genannt. Es ist in Westeuropa und den USA verboten. Es soll auf dem Erdboden verstreut werden. Schon bei Kontakt mit der Haut kann es zu tödlichen Vergiftungen führen. Die Bauern im Sudan laufen barfuß — oder höchstens mit offenen Sandalen an den Füßen...

Das große Geschäft im Sudan macht mittlerweile Shell. Shell hat mittlerweile eine eigene

Produktionsfirma im Sudan, konnte einen Riesenauftrag über 600000 Liter Bidrin, einem hochgefährlichen organischen Phosphorpestizid von der sudanesischen Regierung an Land ziehen. „For export only“, steht auf den meisten der Giftfässer, mit denen dort die Plantagen und Felder besprüht werden. Die meisten Stoffe sind in den USA oder Westeuropa nicht mehr zugelassen, die Produktion jedoch läuft profitabel weiter. Die Vorschriften für die Verarbeitung und Behandlung der Stoffe, werden oft nicht eingehalten, bei vielen wäre Schutzkleidung bis hin zu Atemgeräten notwendig. Die Helfer der Sprühpiloten wissen oft gar nichts davon. In Gezira allein sterben jährlich mindestens zwei Transportarbeiter und Helfer an den Folgen von Vergiftungen. Ärzte schätzen die Zahlen viel höher, nur, sie sind nicht in der Lage, die Todesursache vieler Menschen dort unten zu belegen. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat ausgeprochen, daß in den Entwicklungsländern in jeder Minute ein Mensch an den Folgen einer Vergiftung durch Pflanzenschutzmittel stirbt.

Für den Profit der Konzerne sprühen kleine Flugzeuge Giftwolken über die Landarbeiter auf den Feldern. Bewässerungs-

kanäle, aus denen Menschen ihr Trinkwasser holen und in denen das Vieh getränkt wird, werden verseucht, weil die Piloten beim Überfliegen die Spritzdüsen nicht abstellen. Bauern tragen Giftspritzen auf dem Rücken, aus denen das tödliche Nervengift an undichten Stellen austritt und auf die nackte Haut tropft.

Diese Praxis, die man an tausend anderen skandalösen Fällen nachweisen könnte, geht hier bei uns nicht nur die Kapitalisten etwas an. Die Produkte, die auf diese Art mit Hilfe der Chemie hergestellt werden, sind vor allem Exportprodukte. Die Fleischproduktion in Westeuropa z. B. wäre ohne die Futtermittelimporte aus Gebieten, wo in der beschriebenen Art Chemie verwandt wird, überhaupt nicht mehr denkbar. „Del-Monte“-Ananas und „Chiquita“-Bananen — der mittelamerikanische Kaffee — ohne den „Segen“ der westlichen Chemie gäbe es diese Sachen so nicht in hiesigen Läden. Was von den Resten der Gifte da noch drin ist — man kann es ahnen. Dann ist klar, daß der Giftexport ein Kreislauf ist: von Leverkusen in die dritte Welt — und wieder zurück auf den westdeutschen Tisch. Gegen den Hunger in den Entwicklungsländern tut die Chemieindustrie nichts. Gar nichts.



Diffamierung

Wenn ich den Diskussionsstil auf der Leserbriefseite verfolge, dann meine ich, daß diese Seite in ihrer jetzigen Form der ideologischen Einheit der Partei nicht dienlich sein kann, denn es gibt eine Menge Leserbriefe von Leuten, die sich als Kommunisten und Genossen bezeichnen, die diese Seite zum Tribunal gegen die Parteiführung machen wollen und dabei die Zerstörung der Partei billigend in Kauf nehmen.

Den Diskussionsstil, den diese Leute anschlagen, muß jeden ehrlichen Arbeiter abschrecken. Es werden Genossen wie H.D. Koch und Harry Dubinsky in übelster Weise diffamiert und verunglimpft.

Ich meine, daß sich so etwas keine kommunistische Zeitung leisten kann. Hetze gegen die Partei oder einzelne Genossen darf nicht veröffentlicht werden, denn unsere Partei ist trotz ihrer zahlenmäßigen Kleinheit etwas Verteidigungswürdiges, und ich erwarte von jedem Genossen, ganz gleich ob rechts oder links oder sonstwo, daß er das bei einem Leserbrief berücksichtigt.

Zudem meine ich, daß zu dem politischen Kern dieser Diffamierungen, die die Tatsache, daß im ZK über die Rolle Stalins beim Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion nachgedacht wird, zu der Behauptung hinreißt, H.D. Koch sei Titoist, Trotzki ... vom ZK Stellung genommen werden muß, damit die Gerüchte-Diffamierungsküche nicht weiterwuchern kann. Dieser schädlichen Selbstzerfleischung muß ein Ende gesetzt werden, das hat nichts mehr mit Meinungsfreiheit in der Partei zu tun.

Die Genossen haben auf MVs, im Kommunist, ausreichend Gelegenheit, ihre Meinung zu sagen. Das Ergebnis dieser Diskussion soll dann auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Aber ZK und Redaktion des RM können und dürfen nicht jede Hetze und Diffamierung von Genossen und Partei im RM abdrucken, sondern müssen im Sinne der Partei führend in diese Auseinandersetzung eingreifen.

Ich empfehle für die ganze Partei dringendst die Schulung des „linken Radikalismus“ von Lenin, denn letztlich geht es um die Verteidigung Leninscher Anschauungen.

Anhand dieser sollte die Rolle der Partei, Partei-Klasse etc. geschult werden, im Kommunisten auch ruhig unterschiedliche Stellungnahmen abgedruckt werden: nur uns in der Öffentlichkeit als zerfallener Haufen ohne Spur von solidarischem Diskussionsstil und Parteidisziplin darstellen zu lassen, schadet nur.

In einem solchen feindseligen Klima ist ein sehr guter Nährboden für alle, unter welcher Flagge sie auch immer gehen, die Partei zu zerstören! Das kann ehrlichen Genossen, ganz gleich, wie sie zu Stalin stehen, nicht recht sein. Inhaltlich, nachdem ich nun genug zum Stil geschrieben habe, meine ich, daß es idealistisch wäre, zu behaupten, beim Aufbau des Sozialismus würden keine Fehler gemacht, gäbe es ein Modell, das für die SU, die USA und Luxemburg die gleiche Gültigkeit hätte. Wer sich hinter Dogmen verschanzt, muß häufig bei der konkreten Analyse passen. Die konkrete Analyse einer Situation ist aber die Quintessenz des Leninismus.

Dabei kann es auch erzwungene Kompromisse geben: siehe Frieden von Brest-Litowsk mit dem deutschen Imperialismus 1917, Volksfrontpolitik 1935 usw.

Welche Politik unsere Partei entfalten kann, hängt ab, wie weit unsere Ideen die Arbeiter und fortschrittlichen Menschen tatsächlich beeinflussen, sie in den Kämpfen, die sie gegen Arbeitslosigkeit, Krieg, Reaktion und Faschismus führen, weiterbringen.

Unsere Ideen vom Sozialismus und Kommunismus können nicht die Sowjetunion Lenins und Stalins als allgemeingültiges Modell ausgeben, denn Lenin und Stalin bzw. richtiger: die KPR-B, fanden ja völlig andere Bedingungen vor: ein rückschrittliches Land, in dem elementare Bestandteile des Kapitalismus, eine entwickelte Arbeiterklasse — fehlten. Sie wurde erst von der Partei im Sozialismus geschaffen. Andererseits gibt es allgemeingültige Prinzipien des Marxismus-Leninismus, die damals wie heute Gültigkeit haben. Diese sind aber bisher weder von H.D. Koch noch von anderen Genossen der Führung als Grundlage unserer Partei in Frage gestellt worden. Ist denn die Allmacht der Partei, wie sie sich unseren Genossen heute in der DDR darstellt, ein Prinzip des Leninismus? Ist denn der Revisionismus nicht erst dadurch möglich geworden, daß man mit oppositionellen Arbeiter so umspringt wie es die DDR-Führung am 17. Juni 1953, die Jaruselski-Clique heute in Polen tut?

Ist eine Partei, die heute gegenüber der DKP ihre Existenz behaupten will, nicht gezwungen, darauf eine materialistische Antwort im Sinne von Marx und Lenin zu geben? Ist es dabei nicht auch notwendig, zu begreifen, daß weder die Kulturrevolution noch die Schaulprozesse der Stalin-Ära das entscheidende Mittel sein können, den Revisionismus zu besiegen, denn sonst wären ja Chruschtschow und Deng-Hua kaum denkbar gewesen? Darauf muß unsere Partei fortschrittlichen Arbeitern und Menschen Antworten geben können, und im Geiste des des streitbaren Materialismus à la Marx, Lenin, etc., nicht mit Gebetsmühlen und idealistischen Führerfiguren, können wir eine materielle Führung der Arbeiter übernehmen, also eine führende Rolle in der Arbeiterbewegung spielen. Dabei muß das Klima des Vertrauens unter den Genossen, die ja ein Kampfkollektiv sein sollen, so sein, daß jeder den anderen trotz seiner Fehler achtet und so erst eine offene politische Auseinandersetzung in der Partei und mit fortschrittlichen Menschen möglich wird.

Es lebe der Kommunismus!
Rainer aus Wilhelmshaven

Aufforderung

Wie zu erfahren war, löste sich der KBW auf seiner letzten Mitgliederversammlung auf und sein Vermögen geht in die grün-alternative Bewegung über. Das Ende des KBW war der momentane Höhepunkt einer Kette von ähnlichen Auflösungsprozessen: 1980 Auflösung der KPD (Gruppe Rote Fahne), 1979 Spaltung des KB, 1980 Spaltung des KBW und nun schließlich sein unruhiges Ende. Ursache dieser Entwicklung war eindeutig die kleinbürgerliche Denkweise in den Führungen dieser Gruppen und Parteien. Dieses kleinbürgerliche Denken in diesen Parteien führte dazu, daß man unfähig war, eine proletarische Linie zu entwickeln, sich in der Arbeiterklasse zu verankern und das Proletariat zur Revolution zu führen. Nun stellt sich jedem aufrichtigen Kommunisten die Frage: „Wird die KPD diesen Beispielen folgen?“, denn die Entwicklung der KPD in den letzten Jahren, seit dem IV. Parteitag, läßt, glaube ich, keine andere zu. Seit H.D. Koch auf dem V. Parteitag der KPD zum Vorsitzenden gewählt wurde, steuert die Partei einen Kurs, den man eigentlich nur als opportunistisch bezeichnen kann. Mit dem Fallenlassen wichtiger, also grundsätzlicher marxistisch-leninistischer Prinzipien wie: Arbeitermacht, direkte Demokratie, Selbstverwaltung statt Diktatur des Proletariats; Ratgeber des Proletariats statt führende Kraft der marxistisch-leninistischen Partei in der Diktatur des Proletariats, dulden von Richtungskämpfen und Fraktionsbildung statt demokratischer Zentralismus; nur Ablehnung der Verhältnisse in den revisionistischen Ländern statt Entlarvung und Kampf gegen Revisionismus und Reformismus; Einheit der revolutionären Sozialisten, also Einheit von Opportunisten aller Schattierungen statt Einheit der Marxisten-Leninisten, hat die Führung der KPD ihren Bankrott erklärt.

Die kleinbürgerliche Denkweise in der Führung der KPD lähmt die Partei schon lange in ihrer Arbeit. Liberalis-

mus und Demokratismus beherrschen die Partei in ihren Aktivitäten. Unter den jetzigen Voraussetzungen lassen sich Opportunismus und Liquidatorentum in der KPD kaum mehr rückgängig machen noch aufhalten. Trotzdem fordere ich die Parteiführung auf: Praktiziert wieder den Marxismus-Leninismus und nicht den Revisionismus, das heißt praktisch:

- Aufkündigung der gemeinsamen Vollversammlungen der ZKs mit dem BWK;
- Einstellung der Aktivitäten mit den Opportunisten von der GIM;
- Kündigung des „Projekts der gemeinsamen Beilage“ in den Zentralorganen;
- Beschränkung der Aktivitäten mit opportunistischen Gruppen auf Aktionseinheiten;
- Beendigung der Programmdebatte, Statutdebatte;
- Kritik und Selbstkritikkampagne in der Partei entfachen.

Denn sonst wird die KPD genauso niedergehen wie der KBW. So jedenfalls ist meine Einschätzung der Lage der KPD. Bitte um Beantwortung dieses Briefes.

Mit rotem Gruß
K. P., Jembke

Für Programmdiskussion

Vorab: ich bin nicht Mitglied der Partei, verfolge aber interessiert und mit der Perspektive des eventuellen Eintritts die Programmdiskussion. Hierzu nun auch einige Anmerkungen:

In bisherigen Leserbriefen zeichnet sich mittlerweile eine Tendenz ab, die ich für außerordentlich gefährlich halte — die Tendenz weg von der inhaltlichen Diskussion hin zu einer unfairen (weil inhaltlich unbegründeten) Polemik. Viele dieser Äußerungen beziehen sich auf den Artikel „Die Pariser Kommune ...“ (TO 10), des Kollegen Koch. Unter dem Punkt „Arbeitermacht und Staat im Sozialismus“ wurde vor allem die Formulierung „Selbstverwaltung der Arbeiterklasse“ kritisiert (bzw. nicht verstanden) und mit dem „titoistischen Jugoslawien“ verglichen (RM 1/2-85). Zu diesem Punkt heißt es bei Kollegen Koch: „Während die unvermeidlichen staatlichen Funktionen durch arbeitende (gesetzgeberische und vollziehende Funktionen durch arbeitende (gesetzgeberische und vollziehende Funktionen vereinende) Vertretungskörperschaften übernommen werden, die von der Arbeiterklasse in geheimer Wahl gewählt werden, deren Mitglieder an den Willen ihrer Wähler gebunden und jederzeit abwählbar sind und nur mit dem Arbeiterlohn bezahlt werden, verlieren viele Funktionen, die in der bürgerlichen Gesellschaft staatlich sind, nun ihren staatlichen Charakter und werden unmittelbar zu Fragen der Selbstverwaltung der Arbeiterklasse und der Werktätigen.“ Der Vorwurf des Titoismus ist angesichts einer solchen Formulierung nicht nur völlig unbegründet, nicht nur eindeutig widerlegbar, sondern eine Unverschämtheit, hat Kollege Koch doch unter der Überschrift „Über die Organisation der sozialistischen Wirtschaft“ unmißverständlich klargestellt: „Vergesellschaftung bedeutet, daß die Produktion tatsächlich auf Rechnung der Gesellschaft erfolgt, nicht mehr auf Rechnung der einzelnen Betriebe und Belegschaften, daß nicht Geld und Markt die Wirtschaft regulieren, sondern daß die Volkswirtschaft nach einem einheitlichen Wirtschaftsplan geleitet wird.“ (TO 10, S. 17)

Sodann wird anfangs noch gefragt, auf wen sich die Formulierung von der „Möglichkeit der legalen Existenz und Tätigkeit verschiedener politischer Parteien“ beziehe (RM 1/2-85), später wird behauptet, Kollege Koch habe bei der Forderung nach „Meinungs- und Pressefreiheit, Streikrecht, Versammlungs-, Demonstrations- und Organisationsfreiheit“ keine Erklärung dazu geliefert und man kommt zu der Frage: „Meinungsfreiheit für Faschisten? Pressefreiheit für Springer? Versammlungsfreiheit für Militaristen?“ Lassen wir den Kollegen Koch selbst darauf antworten: „Weil er (der Arbeiterstaat, DL)

die direkte politische Einflußnahme der Arbeiterklasse und der Werktätigen verwirklichen will, kann er auch den bürgerlichen Parlamentarismus nicht übernehmen, sondern muß direkte Demokratie verwirklichen. Davon wird die Möglichkeit der legalen Existenz und Tätigkeit verschiedener politischer Parteien — und nicht nur der kommunistischen — nicht berührt. (...) Der proletarische und demokratische Charakter des sozialistischen Staates, die fortschreitende Beschränkung seiner Rolle in der Gesellschaft, die umfassende Kontrolle seiner Tätigkeit durch die Arbeiterklasse erübrigen deshalb keineswegs die Garantie der demokratischen Grundrechte, die es der Arbeiterklasse und den Werktätigen erlauben, gegen Verletzungen ihrer Interessen zu kämpfen bzw. für Forderungen einzutreten, die sie in der Politik des Staates, in den Maßnahmen und Entscheidungen der wirtschaftlichen Leitungsorgane nicht oder nicht ausreichend berücksichtigt sehen: Meinungs- und Pressefreiheit, Streikrecht, Versammlungs-, Demonstrations- und Organisationsfreiheit.“ (TO 10, S. 14f, Hervorhebungen durch mich, DL)

Kommen wir zum Punkt „Über die Organisation der sozialistischen Wirtschaft“. Hier wird natürlich zunächst wieder einmal „nicht verstanden“, bzw. das Gesagte „leuchtet nicht ein“. (RM 1/2-85) Es werde ein Widerspruch zwischen Verstaatlichung und Vergesellschaftung konstruiert, da der Staat die Mehrheit des Volkes (Staat des ganzen Volkes?, DL) repräsentiere und ob denn Vergesellschaftung bedeute, daß die ehemaligen Ausbeuterlassen daran teilhaben sollten. Später hat man dann Flott auf der Brille, wenn es heißt: „Ich hatte erwartet, daß spätestens bei der Frage der Organisation der Volkswirtschaft die Gewerkschaft auf den Plan treten müßte. Hiervon kein Wort.“ (RM 5-85) Lassen wir wieder Kollegen Koch selbst sprechen: „Vergesellschaftung bedeutet die Aufhebung der Trennung der Produzenten von den Produktionsmitteln. Diese Trennung wird durch die Verstaatlichung noch nicht wirklich aufgehoben. Der tatsächliche unmittelbare Einfluß der Arbeiterklasse auf die Leitung der Produktion ist wesentliches Kriterium für den Grad der tatsächlich erreichten Vergesellschaftung. (...) Die Zielvorstellung im Programm der Bolschewiki, die gesamte Verwaltung der ganzen Volkswirtschaft in den Händen der Gewerkschaften, der breitesten Organisationen der Arbeiterklasse, zu konzentrieren, erscheint demgegenüber unter den Bedingungen unseres Landes als möglicher und sofort gangbarer Weg.“ (TO 10, S. 17f)

Zum Punkt „Kommunistische Partei und Arbeitermacht“ wird sich zunächst gefragt — das kennen wir schon — was denn an der Rolle der Partei überdacht werden soll. Dann gelangt man anhand eines Koch-Zitats zu der durchaus richtigen Feststellung, „wenn die Arbeiterklasse die Macht im Land hat, wenn sie den Sozialismus aufbaut, dann muß sie auch den Staatsapparat in der Hand haben. Wenn die Arbeiterklasse mehrheitlich hinter der kommunistischen Partei steht, dann wird auch die kommunistische Partei den Staatsapparat führen.“ (RM 1/2-85) Abgesehen davon, daß der erste Satz stark Tautologieverdächtig ist, werden hier Binsenweisheiten aneinandergereiht, die in dieser Zusammenstellung einen gefährlichen Automatismus darlegen und genau den gilt es zu bekämpfen, dies gilt es zu „überdenken“. Später wird dann vom „Vakuum der Macht“ (RM 5-85) geseelt, es wird nur noch halb zitiert, um dadurch den Eindruck zu erwecken, Kollege Koch lehne die führende Rolle der Partei überhaupt ab. Wie verhält es sich wirklich: „Die zentrale, übermächtige Rolle der kommunistischen Partei, die zwangsläufig zu einem Verschmelzungsprozeß von Partei- und Staatsapparat führte, die als quasi unvermeidliche Kehrseite der Medaille den politischen Massenkampf der Arbeiterklasse immer mehr einschleifen ließ, erwies sich letztlich als strategischer Vorteil der Gegenrevolution. (...) Die Notwendigkeit der politischen Führung der Arbeiterklasse durch eine Partei, die ihre Tätigkeit ausgehend vom wissenschaftlichen Sozialismus entwickelt, ergibt sich aus der Tatsache, daß unter den kapitalistischen Bedingungen sich die kapitalistische Ideologie in ihren ver-

schiedenartigen Erscheinungen den Arbeitern spontan am meisten aufdrängt. Deshalb kann die Arbeiterklasse nur dann dauerhaft zu einer von der Bourgeoisie autonomen klassenpolitischen Orientierung finden, wenn der fortgeschrittenste Teil der Arbeiter, der aufgrund theoretischer Anstrengungen das klarste Verständnis von den Interessen seiner Klasse erlangt hat, die politische und organisatorische Führung der Klasse verlangt. (...) Dieser Sachverhalt stellt sich auch nach der Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse nicht grundsätzlich anders dar. (...) Selbstverständlich nehmen Kommunisten als Teil ihrer Klasse an der Durchführung der politischen — auch der staatlichen — Macht der Arbeiterklasse teil, eine besondere politische Macht für sich als Partei streben sie nicht an.“ (TO 10, S. 22f)

Ich hoffe, diese Beispiele zeigen deutlich, wie wenig ernsthaft von den Diskussionsmöglichkeiten Gebrauch gemacht wird. Es handelt sich hier um nichts anderes als Demagogie und so ist es kein Wunder, wenn der linke Flügel bereits offen zur Fraktionierung aufruft. Wer eine gemeinsame Front von „Trotzki, Tito und Horst-Dieter Koch gegen das Programm der KPD“ vermutet, diesem Hirngespinnst einen 17,5 Seiten langen „Leserbrief“ widmet und sich dann über die Verletzung der innerparteilichen Demokratie beschwert, wenn das nicht abgedruckt wird, der betreibt entweder bei vollem Bewußtsein übelste Spekulation auf die Uninformiertheit seiner Genoss/innen oder hat das Stadium eines politischen Suppenkassers nicht überschritten, der seine Suppe nicht ißt, ohne sie probiert, bzw. Artikel verdammt, ohne sie gelesen zu haben. Überhaupt gewinnt man bei solchen Stellungnahmen den Eindruck, daß es den Leserbriefschreibern gar nicht um die so vehement kritisierten Thesen geht, setzen sie sich mit diesen doch gar nicht auseinander. Die Vermutung liegt nahe, daß hier auf der Ebene der Programmdiskussion die mögliche Vereinigung mit der GIM gleich mit erledigt werden soll. Ein solches Vorgehen ist beschämend. Entweder man führt eine innerparteiliche Diskussion — dann aber auch wirklich und ernsthaft um die strittigen Punkte — oder man läßt es bleiben. Letzteres wäre dem linken Flügel offensichtlich am liebsten, anders läßt sich ihr undemokratisches Verhalten, ihr Fraktionieren wohl nicht interpretieren. Es ist dies ein Ausweichen vor einer ernsthaften inhaltlichen Auseinandersetzung, wie es eines Kommunisten nicht würdig ist. So steht am Schluß meines Leserbriefes die Aufforderung, setzt euch ernsthaft mit den Thesen des ZK auseinander, diskutiert das, was wirklich strittig ist. Vergeßt nicht, daß der Vorschlag zur Vereinigung von der GIM ausging, daß es darauf ankommt, solche Absichtserklärungen zu prüfen, sich inhaltlich mit trotzkistischen Positionen auseinanderzusetzen. Unterläßt die Lamentiererei über angebliche Spaltungsabsichten des ZK. Niemand drängt euch an den Rand, die Partei braucht euch, wie sie jede/n braucht, die/der für die gewaltsame proletarische Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats eintritt. Unterläßt die Fraktionierung, denn diese Partei ist nach wie vor eine marxistisch-leninistische Partei, in der der demokratische Zentralismus als Organisationsprinzip gilt. Auch an die Adresse des ZK eine Aufforderung: innerparteiliche Demokratie über die Leserbriefseite ist ja ganz gut und schön, kann das ZK aber nicht von der Pflicht entbinden, selbst mitzudiskutieren. Insbesondere eine unmißverständliche Aufforderung an den linken Flügel, die Partei nicht wegen einer Schaumschlagerei unnötig zu verlassen, hätte ja wohl drin sein müssen — oder ist euch an der Einheit der Partei nicht gelegen? Was die Partei jetzt braucht, ist endlich ein konkreter Programmvorschlag, an dem man entlang diskutieren kann. Meines Erachtens würde bei einer wirklich ernsthaft geführten inhaltlichen Diskussion zutage treten, daß die Meinungsverschiedenheiten zumindest im grundsätzlichen Bereich so groß nicht sind. In diesem Sinne wünsche ich der Partei und allen interessierten Kommunisten eine offene, solidarische Programmdiskussion — noch ist es nicht zu spät.

Rot Front!
D.L., Hannover

INTERNATIONALER FRAUENTAG



Mit Demonstrationen in mehreren Städten und zahlreichen größeren und kleineren Veranstaltungen, zu denen DGB-Frauenausschüsse und Organisationen und Gruppen der Frauenbewegung aufrufen, wurde in diesem Jahr der Internationale Frauentag begangen. Die Arbeitslosigkeit, die Angriffe der Bonner Wende-Regierung auf die Frauen und der Kampf für Frieden waren überall die Hauptthemen.

Der 8. März als Internationaler Frauentag hat inzwischen auch in der Bundesrepublik seinen festen Platz gefunden — das ist das eine, was sich feststellen läßt. Auf der anderen Seite zeigen aber vor allem die geringen Teilnehmerzahlen an den Demonstrationen, daß noch sehr viel zu tun bleibt, um den 8. März als einen Kampftag für Frauenrechte im öffentlichen Bewußtsein — auch der fortschrittlichen Frauen — zu verankern.

150 Frauen nahmen an der ersten Bochumer Frauentag Demonstration unter dem Motto „Frieden, Arbeit, Recht — 8. März 1985“, zu der das Bochumer Frauen-Bündnis aufgerufen hatte, teil. Mit Töpfen, Rappeln und Trillerpfeifen zogen die Frauen durch die Bochumer Innenstadt.

Ab 19.00 Uhr begann die Veranstaltung der DGB-Frauen in Bochum, die nicht mit zu der Frauentag Demonstration aufgerufen hatten. Ca. 300 Kolleginnen und Kollegen besuchten diese Veranstaltung, darunter auch viele Frauen, die von der Frauentag Demonstration kamen. Das Hauptreferat hielt Waltrud Opalka, Betriebsratsvorsitzende bei Graetz/Bochum. Unter anderem wies sie darauf hin, daß der Weg zur Gleichberechtigung für uns Frauen

Kampf bedeutet und daß wir uns in diesem Kampf stellen müssen als Frauen in der BRD, in Nicaragua und anderswo. Viel Beifall fand auch der Sketch der ÖTV-Frauen „Frauenarbeitsplatz der Zukunft?“, der in mehreren Szenen aufzeigte, wie schön doch die Arbeit am Heimcomputer für die Frau ist, sowie die Berichte von Kolleginnen zur Frauenarbeitslosigkeit, zur Situation ausländischer Frauen und zur Abschaffung des § 218. Abschluß der Veranstaltung: Ingeborg Wolff und Georg Hahn vom Ensemble der Ruhrfestspiele Recklinghausen mit Teilen aus ihrem Programm für Frauen: „Rette mich, wer kann oder: am besten, ich kauf mir einen Strick und erschieß mich, wo das Wasser am tiefsten ist“.



München
In München hatte der DGB-Kreisfrauenausschuß zu einer

Demonstration und zu einer Veranstaltung zum internationalen Frauentag aufgerufen. 500 kamen zur Demonstration, 1000 zur Veranstaltung. Es sprach Dagmar Fries vom Kreisfrauenausschuß. Ihre Kritik richtete sich hauptsächlich gegen den SPD-Stadtrat und den Münchner Oberbürgermeister Kronawitter. Denn bisher können die Gewerkschafterinnen keine Änderung in der Stadtpolitik gegenüber dem früheren CSU-Stadtrat feststellen. Besonderer Kritikpunkt ist, daß der für seine ausländerfeindliche Politik berüchtigte Kreisverwaltungsreferent Gauweiler nach wie vor im Amt ist und damit auch die ausländerfeindliche Politik in München weitergeht.

Originelles Preisrätsel von Dortmunder Frauen

Dieses Preisrätsel brachten Dortmunder Frauen auf der Gewerkschaftsveranstaltung am 8. März an den Mann. Wir meinen, es könnte nichts schaden, wenn auch der RM-Leser sein Bekenntnis für die Gleichberechtigung mal einem objektiven Test unterwirft ...

Preisrätsel
von Frauen
für Männer

1. und einziger Preis:
Eine Schrubber-Besen-Kombination
gestiftet v. d. Frauengruppe Dortmund
Kontaktadresse: Silvia Roth, Seifensiederstr. 14, Tel. 54 22 86

Preisrätsel

Vater werden ist nicht schwer...

Welche Schunggröße haben Ihre Kinder?

Wie heißt die Klassenlehrerin Ihrer Kinder?

Was ist das Lieblingsgericht Ihrer Kinder?

Der Mann im Haus ersperrt die Küchenmaschine...

Was ist die normale Garzeit für Kartoffeln? 0 7 Min. 0 20 Min. 0 45 Min.

Was ist ein Römer? 0 Ein alter Italiener

0 Ein spezielles Fleischmesser

0 Ein spezieller Topf

0 Ein Meeresstier

0 Eine Wurmart

0 Eine Soße

Nur Schweine lassen ihren Dreck von anderen weggehen...

Wo ist in Ihrer Wohnung der Handfeger?

Wann werden bei Ihnen die Mülleimer geleert?

Bei wieviel Grad werden Pullover gewaschen? 0 10° 0 30° 0 75°

Und jetzt noch ein paar Fragen zur Seche:

Seit wann gibt es den 8. März?

Seit wann haben Frauen Wahlrecht?

Was wollen CDU/CSU am § 218 ändern?

Was findet morgen um 11.00 Uhr am Reinhold-Kirchplatz statt?

Auslosung des Siegers
gegen 20.00 Uhr

Muttertagsaktion
Wir machen
Putz

Im letzten Jahr hat es zum ersten Mal eine zentrale Aktion der Frauenbewegung zum Muttertag gegeben. Unter dem Motto „Nicht nur Blumen, sondern Rechte fordern wir“ hatten ca. 20000 in Bonn demonstriert. Auch zum diesjährigen Muttertag wird die Frauenbewegung aktiv werden. Bei einem „großen Ratschlag“ Ende Januar in Köln wurden entsprechende Beschlüsse gefaßt. Anders als im Vorjahr soll es diesmal nicht nur



um eine bundesweite Demonstration in Bonn gehen. Örtliche Aktivitäten sollen gleichrangig gewichtet sein. Ob sich bei dem tatsächlich unter einen Hut bringen läßt, ohne daß das eine auf Kosten des anderen geht, wird man sehen. Einen Versuch ist es jedenfalls wert. Wir rufen alle Genossinnen auf, sich aktiv für das Gelingen der Muttertagsaktion '85 einzusetzen.

Abschlußerklärung des „Großen Ratschlags“, 26./27. Januar 1985, Köln

Wir — 250 Frauen aus der Frauenbewegung — haben auf dem Großen Ratschlag beraten, wie wir uns gegen den weiteren Abbau von Frauenrechten nach der Wende wehren.

Wir wollen mit Frauen aus allen Schichten, mit erwerbstätigen und nicht erwerbstätigen Frauen, mit jungen und alten, deutschen und ausländischen Frauen zusammenarbeiten.

Wir wollen uns nicht aufsplitten und mit unseren Problemen individualisieren lassen, sondern untereinander Brücken schlagen. In gleichberechtigter Zusammenarbeit wollen wir mit allen Frauengruppen, die sich für Fraueninteressen einsetzen, verständigen. Wo wir gemeinsame Forderungen haben, wollen wir gemeinsam handeln. Wir laden alle, die noch nicht bei der „Aktion Muttertag“ dabei sind, ein, dafür mit uns zusammen zu wirken.

Wir rufen alle Frauen auf: Wehrt Euch gegen jede frauenfeindliche Politik! Wehrt Euch gegen die Rechts-, wende-!

Wir brauchen alle Frauen! Wir brauchen eine breite Massenbewegung von Frauen, die die Angriffe auf unsere Rechte stoppen und dafür sorgen, daß unser Menschenrecht und unser Recht auf Selbstbestimmung endlich Wirklichkeit werden.

Vorrangig setzen wir uns ein für den Frieden, für eine lebenswerte Umwelt, für das Recht auf bezahlte Arbeit, das Recht auf Bildung, für Quotierungsregelungen, für unsere sozialen Rechte, gegen Gewalt gegen Frauen und patriarchalische Strukturen. Die geplanten Änderungen am Scheidungsfolgerecht lehnen wir ab, die Rentenbenachteiligung der Frauen muß abgebaut werden. Wir fordern unser Selbstbestimmungsrecht beim Schwangerschaftsabbruch und Streichung des Paragraphen 218 aus dem Strafgesetzbuch!

Wir wollen konkret folgendes tun:

- Am 18. 05. 1985 mit der diesjährigen „Aktion Muttertag“ werden wir mit einer zentralen Aktion unseren Protest gegen die Bundesregierung zusammenfassen.
- Der 11. 05. bzw. 12. 05. 1985 ist der Tag der Mobilisierung in den Städten.

• Mit unserer Postkartenaktion geben wir Gelegenheit, hunderttausendfach unseren Protest gegen die frauen- und friedensfeindliche Politik der Bundesregierung und der kommunal- und landespolitischen Verantwortlichen zu dokumentieren. Das ist eine ganz einfache Protestform, bei der wir uns zugleich in einem größeren Zusammenhang wissen.

Wir rufen alle Frauengruppen und die Frauenbündnisse in den Städten auf, die Ausgestaltung gemeinsam zu diskutieren und diesen Protest gemeinsam vorzubereiten. Wir rufen auf, zu diesem Zweck überall Frauen-Vollversammlungen durchzuführen und bitten darum, Vorschläge an uns zurückzuschicken.

Kontakt: „Aktion Muttertag“, Postfach 130176, 5300 Bonn 13

4800 Bielefeld 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 Bremen (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Fr 18 -

4600 Dortmund (Brackel), Kontaktadresse: Helmut Weiss, Am Westheck 109 a, Tel.: (0231) 20931.

4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: (0203) 443014.

4000 Düsseldorf (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

2000 Hamburg 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

Zentralkomitee der KPD, Redaktion Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

3000 Hannover 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen: Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzky-Ring 29, Tel.: (0511) 466529.

7100 Heilbronn, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 Kiel 1, Kontaktadresse: Karola Firzlaff, Jungmannstr. 68 a.

5090 Leverkusen 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318.

6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz: W. Rohr, Sedanstr. 21, Tel.: (0621) 699382.

7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo - Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr. KPD Saar: 6685 Schiffweiler, Kontaktadresse: E. Bittner, Hauptstraße 43.

Sektion Westberlin: 1000 Berlin 44 (Neukölln), Parteibüro der KPD, Mainzer Str. 18, Tel.: (030) 6228474.